NACHRICHTEN AUS DEM WIDERSTAND — alle 14 Tage brandaktuell

TATblatt

MINUS 18 NUMMER (32/92) 22. DEZEMBER 1992 PREIS: öS 15,—

Massenvergewaltigungen in Bosnien-Herzegowina

Die Berichte über die systematischen Massenvergewaltigungen in Bosnien-Herzegowina haben die Medienwelt erzittern lassen. Aber Vergewaltigungen als "Waffe", als Kriegsstrategie, sind nicht erst eine Erfindung der "bösen serbischen Untiere". Vergewaltigt wurde und wird in allen Kriegen. Und in allen Kriegen als Strategie. Demütigung ist das erste Stichwort. Und dabei geht es in erster Linie um die Demütigung der Männer. Natürlich auch der Frauen. Aber es geht auch um Verbrüderung: Welcher Mann einmal gemeinsam mit anderen eine Frau vergewaltigt hat, gehört zur Gruppe. Vergewaltigt wird immer und überall. Vergewaltigung ist die Demonstration der Macht. Die Frau als Schlachtfeld für die Kämpfe der Männer. Im Krieg wie im Frieden. siehe Seite 2

Aufruf"-Prozeß: Renate S. verurteilt

An die 600 Personen haben bisher in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften öffentlich die Einstellung aller Verfahren gegen Wehrdienst- und Totalverweigerer gefordert. Eine von ihnen stand im Zuge dieser Aktion vergangenen Dienstag, 15. Dezember, selbst vor dem Richter. auf Seite 16

Grüne Punkte... ÜBERALL!!!!

Als Vorgriff auf eine im kommenden Oktober in Kraft tretende "Verpackungsverordnung" (darüber aber im nächsten TATblatt), präsentieren wir ein ähnliches Modell aus der BRD. Mit grünen Punkten werden die KonsumentInnen übers Ohr gehauen..... mehr darüber auf Seite 19

Massenvergewaltigungen in Bosnien-Herzegowina:

Helfen — aber wie?

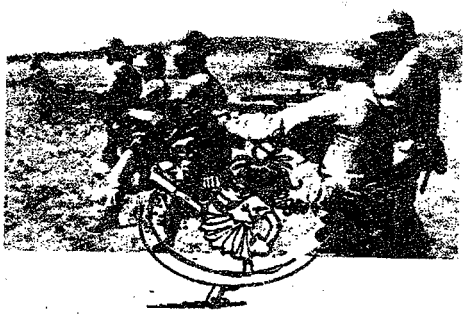
Reaktionen überall auf die Berichte von den Massenvergewaltigungen im Balkan-Krieg.
Reaktionen sind gut — am besten schnell, unbürokratisch und effezient. Doch wir müssen aufpassen, daß wir uns nicht zu MittäterInnen machen.
Eine kritische Betrachtung, angestellt von einer Mitarbeiterin der "Scheherazade" (internationales Frauendialogprojekt), entnommen der taz, gekürzt um die BRD-spezifischen Teile.

(Scheherazade)

Noch nie erregten Vergewaltigungen so sehr das Gemüt der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit. Ein Grund, innezuhalten und genauer hinzusehen, was geschieht, und darüber nachzudenken, was geschehen sollte. Natürlich bin ich über das Engagement von Medien, Frauen und Außenministerium froh. Frauen, die vergewaltigt wurden und noch dazu auf so brutale Weise, können gar nicht genug Hilfe erhalten, um mit diesem Trauma fertigzuwerden. Was mich jedoch irritiert, ist die Richtung, die das Engagement einzuschlagen droht: Je mehr Vergewaltigungen als "systematische Kriegsstrategie der Serben" beschrieben werden, desto mehr gerät aus dem Blickfeld, daß Vergewaltigungen in erster Linie sexuelle Verbrechen von Männern an Frauen sind. Umso mehr sich Entsetzen, Mitgefühl und Hilfe auf die nach Kroatien geflüchteten Bosnierinnen konzentrieren, desto mehr geraten diejenigen Frauen, die nach wie vor den Vergewaltigungen ausgesetzt sind, in Vergessenheit. Wenn es jetzt um praktische Maßnahmen und effektive Hilfe geht, muß daher verschiedenes berücksichtigt werden:

1 Die Politik der ethnischen Säuberung wird zweifellos am brutalsten im serbisch besetzen Teil Bosnien-Herzegowinas umgesetzt. Aber zum einen sind ethnische Säuberungen die furchtbare Konsequenz des Nationalismus in allen Republiken des ehemaligen Jugoslawiens. Zum anderen wurde und wird seit Beginn des Krieges auf allen Seiten vergewaltigt, zehntausendfach, hunderttausendfach von Soldaten und Freischärlern, von Lagerwächtern und Söldnern, von Nachbarn und ehemaligen Freunden. Die Frauen der SOS-Notrufe in Zagreb und Belgrad berichten, daß immer dann, wenn Bilder von Gewalttaten des jeweiligen Gegners im Fernsehen gezeigt werden, die Kurve der Gewalt gegen Frauen scharf ansteigt. Frauen werden in die Prostitution gezwungen und per Bus in die Kriegsgebiete befördert. "Das Leid kennt keine Nationalitäten", wie Heidi Hecht in der *Süddeutschen* schrieb, eine Journalistin, die es wagt, auch über das Elend serbischer Flüchtlinge und vergewaltigter Serbinnen zu berichten. Daß Frauen auf allen Seiten vergewaltigt werden, daß Vergewaltigungen in allen Kriegen als Waffe eingesetzt werden, paßt nicht in das vorherrschende Freund-Feind-Bild. Zudem könnte die Anerkennung dieser Tatsache zu schmerzhaften Schlußfolgerungen führen: daß Kriegsvergewaltigungen die grausame Zuspitzung der auch in Friedenszeiten weltweit ausgeübten Gewalt gegen Frauen sind; daß das ungehemmte Austoben der Krieger auf dem Körper der Frauen seine Legitimation in der landläufigen Ansicht findet, Vergewaltigungen seien Kavaliersdelikte; daß Krieg und Gewalt überhaupt mit einem vorherrschenden destruktiven Männlichkeitskonzept zusammenhängen.

...siehe rechts



Vergewaltiger wir kriegen euch!!

Die Gelder, die demnächst so reichlich fließen werden, müssen zur Betreuung und Hilfe *aller* vergewaltigten Frauen jenseits von Nationalität und Ethnie in *allen* Republiken eingesetzt werden. Sonst tragen wir durch noch so wohlgemeinte Hilfe dazu bei, daß die vergewaltigten Frauen als Instrument nationalistischer Kriegspropaganda mißbraucht werden, und die ist in Kroatien keineswegs geringer als in Serbien. Abgesehen davon sind auch 30.000 muslimische Männer und Frauen nach Serbien geflüchtet.

2 Die staatlichen Behörden in Kroatien und Serbien zeigten bislang wenig Interesse daran, den vergewaltigten Frauen zu helfen. Die Initiative ging wie überall in der Welt von Frauengruppen aus. Jegliche Unterstützung muß daher auch diesen Frauengruppen zufließen. Ihr Engagement garantiert, daß die Gelder in keinen dunklen Kanälen versickern. Vor allem aber wäre es fatal, wenn die weitere Betreuung der vergewaltigten Frauen in Kroatien in die Hände der Regierung übergehen würde. In deren Schublade liegt nämlich bereits ein "Konzept zur geistigen und demographischen Erneuerung Kroatiens", das kinderlose Frauen zu Nicht-Frauen erklärt und der Abtreibung als "Anti-Lebensmentalität" den Kampf ansagt 1). Viele vergewaltigte, schwangere Frauen sind bereit, zu den verzweifelsten Mitteln zu greifen, um Abtreibungen und Frühgeburten einzuleiten. Die Frauen müssen sich frei für einen Abbruch der Schwangerschaft entscheiden können!

3 Die Spenden, die Unterstützung oder Neueinrichtung von Frauenhäusern und Krisenzentren in Zagreb und Belgrad erreichen nur die Frauen, deren Leben zumindest in Sicherheit ist. Was ist mit den Frauen, die weiterhin den Vergewaltigungen ausgesetzt sind? Was ist mit den Hundertausenden von Frauen und Männern, die verhungern oder erfrieren werden in diesem Winter? Die Initiativen, die im Zusammenhang mit den Vergewaltigungen von PolitikerInnen jetzt ergriffen wurden, scheinen alle eines auszuschließen: Die Grenzen zu öffnen, das nackte Leben so vieler Menschen wie möglich zu retten, indem wir sie hereinlassen. Um nichts anderes aber geht es. Muß sich die Geschichte wiederholen? Wie viele von denen, deren Elend wir lautstark beklagen, könnten wohl Platz finden in den europäischen Klöstern der katholischen Kirche, oder auch im Vatikan? Tausende von muslimischen Frauen und Männern, die unter dem Dach der Kirche Schutz fänden vor christlichen Heeren (welcher Couleur auch immer) ... was für eine Vision! Wie viele könnten in den Palästen der Reichen im Westen Europas untergebracht werden, bis dieser Krieg endlich ein Ende hat? Das Einfachste war schon immer das Schwierigste. ●

1) Siehe dazu auch den Artikel "Nachbarin in Not! — Situation der Frauen und der staatlichen Familienpolitik in Kroatien" in TATblatt minus 23 (14.Oktober 92)

KRIEGSOPFER: VERGEWALTIGTE FRAUEN

Relativ schnell hat das Frauenministerium auf die Berichte über die Massenvergewaltigungen reagiert. Die Aktion "KRIEGSOPFER: VERGEWALTIGTE FRAUEN" wurde gemeinsam mit dem Familienministerium und der Caritas gestartet. Und auf dem Papier schaut sie gar nicht mal so schlecht aus.

(TATblatt-Wien)

Ziel der Aktion "KRIEGSOPFER: VERGEWALTIGTE FRAUEN" war und ist es, in Zusammenarbeit mit bestehenden Initiativen im ehemaligen Jugoslawien Frauenschutzzentren und Notrufe einzurichten und zu finanzieren. Darüberhinaus sollen Frauen, die in Österreich langjährige Erfahrung in der Beratung vergewaltigter Frauen haben, finanziert werden, um Frauen im ehemaligen Jugoslawien als Beraterinnen auszubilden.

Auf politischer Ebene wollen Dohnal und Rauch-Kallath erreichen, daß Vergewaltigung als Asylgrund anerkannt und in den Katalog der Menschenrechtsverletzungen aufgenommen wird.

In Zagreb haben sich inzwischen mehrere Frauengruppen, wie zB. das *Unabhängige Frauenhaus*, das 1990 aus einer besetzten Wohnung hervorging, die *Frauen-Anti-Kriegs-Kampagne*, das *Informations- und Dokumentationszentrum Kroatiens* und die *Unabhängige Allianz Kroatiens* (klingt allerdings sehr unheilvoll) zur *"Zagreber Frauen-Lobby"* zusammengeschlossen.

Die einzelnen Gruppen arbeiten z.T. schon seit mehreren Monaten an der Planung und Umsetzung von Projekten für vergewaltigte Frauen aus dem Kriegsgebiet. Ihre Aktivitäten könnten durch die Aktion KRIEGSOPFER: VERGEWALTIGTE FRAUEN unterstützt werden.

Ein solches Projekt ist das "Projekt Zentrum kriegs-vergewaltigter Frauen" ("War-raped Women's Center Projekt"). Im Rahmen dieses Projektes sollen in Kroatien, Serbien und Bosnien-Herzegowina Beratungszentren für vergewaltigte Frauen eingerichtet werden. Dort sollen Information und Kriseninterv ention angeboten werden, aber auch "fliegende Mitarbeiterinnen" ausgebildet werden, die in Flüchtlingslag ern und Spitälern arbeiten sollen. Die vorläufig projektierten Standorte dieser Zentren: Zagreb, Split und Djakovo.

Für die Einrichtung der Zentren wird sowohl finanzielle als auch fachliche Unterstützung benötigt. Nach Wunsch der Zagreber Frauen sollen österreichische Expertinnen Workshops, Seminare, etc durchführen.

Die ersten geplanten Schritte sind:

- Einrichtung eines Notruf-Telefons
- Herstellung von Infomaterial, besonders für Frauen in Flüchtlingslagern, die sich mehrheitlich sehr schwer tun, über ihre Erlebnisse zu sprechen
- Maßnahmen zur einschlägigen Aus- und Fortbildung.

Das *Frauen-Informations- und Dokumentationszentrum Kroatiens* will eine Dokumentation der Verbrechen gegen Frauen im Krieg zusammenstellen, die *Caritas Zagreb* hat ein Haus gekauft, das schwangeren Frauen aus Flüchtlingslagern vor und nach der Geburt zur Verfügung stehen soll. Die Eröffnung dieses Hauses ist für Ende Jänner geplant, weitere Häuser, in denen kleinere Wohneinheiten eingerichtet werden sollen, sollen auch noch angekauft werden.

Als weitere Schritte sind

- die Unterstützung der Maßnahmen, die in Zagreb gesetzt werden (Anmietung von Räumen für das *War-Raped Women's Center Project*, Anstellung einer Frau, Herstellung von Infomaterial),
- Workshops für Frauen, die mit vergewaltigten Frauen arbeiten werden
- Einrichtung eines Beirates, der die Aktion unterstützt (Publikation eines Informationsbulletins, Vernetzung internationaler Aktivitäten, usw)
- Kontakte zu europäischen Politikerinnen und Regierungen geplant.

Abzuwarten bleibt, ob die Unterstützung wirklich direkt autonomen Frauengruppen zugute kommen oder ob die ganze Geschichte über die Kroatische Regierung abgewickelt werden wird. Dann nämlich können wir die ganze Aktion wieder vergessen, denn die Kroatische Regierung setzt ganz auf die "Wiedergeburt der kroatischen Familie". Ein diesbezügliches Gesetz, das z.B. die Steigerung der Geburtenrate zum Ziel hat, sollte im November oder Dezember dieses Jahres verabschiedet werden. Das Recht auf Abtreibung wird abgeschafft und zumindest die Werbung für Verhütungsmittel verboten werden. Als "höchster Beruf in der Republik" wird der "der Mutter, der Erzieherin" propagiert. Blanker Hohn angesichts der vielen zu erwartenden unerwünschten Kinder der vergewaltigten Frauen! ●

(Näheres zur staatlichen Familienpolitik Kroatiens siehe TATblatt minus 23: "Nachbarin in Not")

Offener Brief an die Herren:

Bundeskanzler, 1010, Ballhausplatz 2
Innenminister, 1010, Herrengasse 7
Außenminister, 1010, Ballhausplatz 2
Justizminister, 1070 Museumstraße 7 (Palais Trautson)
Präsident d. Caritas, 1130, Trauttmansdorffgasse 15
Generalintendant des ORF, 1130, Würzburggasse 30
Generaltsekretär d. Öst. Roten Kreuzes, 1040, Wiedner Hptstr. 32

N A C H B A R I N I N N O T

Wir Frauen und Männer sind erschüttert und betroffen über die Berichte von systematischen, reihenweisen Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen in den Kriegsgebieten und der medialen, öffentlichen Reaktion (Nichtreaktion) in unserem Land.

Wir wissen, daß es sich dabei nicht um Übergriffe und sadistische Auswüchse einzelner Soldaten handelt. Im Sinne der Kriegsführung werden Frauen und Kinder der Feinde von Gegnern vergewaltigt, um diese zu demoralisieren und zu unterwerfen. Wir behaupten, daß dies kein Rückfall ins finstere Mittelalter ist, sondern morgen bei uns stattfinden könnte, da in unserer Gesellschaft ebensolche frauenverachtenden und frauenunterwerfenden Bedingungen herrschen. Frauen werden mißbraucht, benützt; um die Gegner zu treffen, werden sie als deren "Eigentum" geschändet. Die Frauen der Verlierer gehören zur Kriegsbeute der Sieger.

Ungleiche Arbeitsbedingungen, Niedriglohn, Diskriminierungen, sexuelle Übergriffe und Ausbeutung (wo über Sexualität Gewalt und Macht ausgetragen werden), unbezahlte Haus- und Erziehungsarbeit, Frauen zum Objekt degradiert, Unwürdigkeit der Frauen für Kirchenämter, die alltägliche Gewalt gegen Frauen und vieles mehr sind die Basis für derartige Greueltaten. Urteile von Vergewaltigungsprozessen und Gewaltdelikten gegen Frauen spiegeln genau diese Herrschaftverhältnisse wider, sexuelle Übergriffe als Kavaliersdelikte geahndet, Morde an Frauen, die aus Beziehungen aussteigen wollen, als Familientragödien dargestellt, sind Voraussetzungen, daß Massenvergewaltigungen von Frauen zur Kriegstaktik werden.

Wo bleibt die Aktion "Nachbarin in Not"?

Wir Frauen und Männer erwarten uns von unserer Regierung (nicht nur von Johanna Dohnal) die Wahrung der Grundrechte der Menschen auch für Frauen, die Schaffung der Voraussetzungen dafür und die Ahndung und Verurteilung aller Delikte und Diskriminierungen gegen Frauen.

Wenn Sie mit dem Inhalt dieses Briefes einverstanden sind, schicken Sie ihn an oben angegebene Adressaten, kopieren Sie ihn und geben Sie ihn weiter.

Name:
Anschrift:
.....
Unterschrift

Vergewaltiger wir kriegen euch!!

Österreich, Haider oder FaschistInnen zuerst?

Woher kommt die Idee zum "Anti-AusländerInnen-Volksbegehren"?

(Autonome Antifa (X))

Es ist für uns keine Frage, daß das Volksbegehren "Österreich zuerst" der FPÖ zutiefst rassistisch und menschenverachtend ist. Denn jede Maßnahme und jedes Gesetz, das Menschen aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit unterschiedlich behandelt, ist rassistisch. Es ist eine österreichweite Mobilisierung von RassistInnen und verschärft die Lage für Menschen mit nicht-österreichischem Paß eklatant.

Jedoch ist es nicht der erste Versuch einer bundesweiten rassistischen Mobilisierung. Allerdings ist zu befürchten, daß es der bislang erfolgreichste sein wird, da er vom skrupellosen Jörg Haider durchgeführt wird. Und zwar in einer Zeit, in der die allgemeine Stimmung durch das massive Zutun der Regierung rassistisch ist.

Es liegt an uns, die wir für die Würde der Menschen eintreten, zu verhindern, daß diese Hatz mit dem Namen "Österreich zuerst" kein Erfolg wird.

Frühere bundesweite rassistische Initiativen

Der erste Versuch, ein Volksbegehren gegen MigrantInnen zu starten, wurde 1982 unternommen. Die wegen NS-Wiederbetätigung verbotene "Nationaldemokratische Partei"(NDP) gründete die "Bürgerinitiative Volksbegehren gegen die Überfremdung Österreichs". Diese Gruppe von RechtsextremistInnen unter der Führung Dr. Norbert Burger (vor kurzem verstorben), versuchte mittels dieser "Bürgerinitiative" genügend Unterschriften zu sammeln, um das Volksbegehren einzuleiten. Es kam jedoch nicht zustande.

1989 wollte dann die Liste "NEIN zur Ausländerflut" bei den Nationalratwahlen mit einem aggressiven migrantInnenfeindlichen Programm kandidieren. Führende Personen dieser Liste waren die beiden bekannten Rechtsextremisten Horst Jakob Rosenkranz und Gerd Honsik (Herausgeber der "Halt"). Das Programm dieser RechtsextremistInnen war sogar Innenminister Löschnak zu rassistisch. Daher durfte diese Liste nicht kandidieren.

Der nächste Versuch, ein Voksbegehren gegen MigrantInnen zu starten, wurde von Heinrich Birnleitner (ehemaliger Diplomat) unternommen. Er gründete die "Allianz für Österreichs Zukunft" und sammelte Unterschriften für ein Volksbegehren mit dem Namen "Österreicher für Österreich". Er strebte eine Verfassungsänderung nach rassistischen Gesichtspunkten an. Diese Idee stieß auf großes Echo in der rechtsextremen Szene. So riefen die "Nationalkonservative Union"(NAKU), die "Identität" (Zeitschrift der "Freiheitlichen Studenten Initiative" FSI), Gottfried Küssel (seit 15 Jahren am geheimen Wiederaufbau der NSDAP beteiligt und Mehrmals nach dem Verbotsgesetz verurteilt) und wiederum Horst Jakob Rosenkranz dazu auf, das Volksbegehren zu unterstützen.

Inhaltliche Übereinstimmungen der früheren Volksbegehren und das der FPÖ

Die Idee, mit einem Volksbegehren Menschen mit einem zufällig nicht-österreichischen Paß zu bedrohen, ist also nicht neu. Doch auch die Forderungen der FPÖ sind nichts Neues. Sie unterscheiden sich kaum von denen der deklarierten Rechtsextremisten; es sind lediglich mehr.

Die Forderung bezüglich einer Verfassungsänderung der FPÖ lautet: "Die Verabschiedung eines Bundesgesetzes, um die Staatszielbestimmung 'Österreich ist kein Einwanderungsland' im Bundesverfassungsgesetz 1920 zu verankern". Genau die selbe Formel verwendete auch Heinrich Birnleitner und wollte sie in der Verfassung geschrieben sehen.

In Bezug auf die Themenkreise Arbeit und Familie bzw. Wohnen gibt es nur wenig Abweichungen. Die FPÖ fordert: "Gesetzliche Normierung eines Einwanderungsstopps (...) bis zur Beseitigung der Wohnungsnot und zur Senkung der Arbeitslosigkeit auf 5% (...)". Auch will die FPÖ MigrantInnen geförderte Wohnungen verbieten. Die "Nationaldemokratische Partei" (NDP) forderte: "Einschränkung der Fremdarbeiterbeschäftigung auf das unbedingt notwendige Maß. Wo es inländische Arbeitslose gibt, dürfen überhaupt keine Fremdarbeiter beschäftigt werden." Bezüglich der Familienförderung und der Wohnungspolitik meinten Birnleitner und NDP, daß sie nur der "einheimischen Bevölkerung zugute kommen darf". Das unterscheidet sich nur in der Formulierung von den Forderungen der FPÖ.

Daß sich die FPÖ von der faschistischen "Rassenlehre" inspiriert fühlt, beweist Punkt neun ihres Volksbegehrens. "Die Verabschiedung eines Bundesgesetzes zur Eindämmung der Praxis vorzeitiger Staatsbügerschaft." Birnleitner meinte dasselbe und formulierte: "Die historische Zusammensetzung der österreichischen Bevölkerung ist zu bewahren." Die NDP stellte verächtlich fest: "Die sogenannte Integration wird abgelehnt."

Durch diese Aneinanderreihung der Forderungen dürfte bewiesen sein, daß sich die Forderungen der FPÖ kaum von denen

Gibt's bald als Pickerl!

der rechtsextremistischen/faschistischen Kreisen unterscheiden.

Wie verhält sich die extreme Rechte zum Volksbegehren der FPÖ?

Sie fühlte sich anfänglich ihrer Idee beraubt. In weiterer Folge befindet sie die FPÖ-Forderungen aber für "maßvoll und trotzdem ausreichend" (zitiert nach "fakten" Nr 17/92) aus dem Brief des Herausgebers Horst Jakob Rosenkranz) Rosenkranz bedauert in seinem Artikel weiter, daß das NDP-Volksbegehren nicht stattfand und daß die Liste "NEIN zur Ausländerflut" nicht kandidieren durfte. Er findet aber daran Gefallen, faschistische Ideen mit einer populistischen Maske zu verkleiden. So schreibt er weiter: "Der Erfolg dieses Volksbegehrens kann uns, unabhängig von unserer Parteizugehörigkeit, nicht egal sein! Machen sie schon jetzt Stimmung für das hoffentlich bald eingeleitet Volksbegehren "Österreich zuerst".

Die "Aktionsgemeinschaft für demokratische Politik"(AFP), die enge Kontakte zu militanten Neonazigruppen unterhält und mit der FPÖ verwoben ist, spart nicht an Kritik am populistischen Charakter dieses Volksbegehrens. Dennoch bezieht die rechtsextremistische AFP in Ihrer Postille "Wiener Beobachter" (Folge 93/Nov 92) einen klaren Standpunkt für das FPÖ-Volksbegehren: "Ungeachtet der Schwächen dieses Volksbegehrens möge man es trotzdem unterstützen: es bringt Wind in die Ausländerpolitik, zwingt zu Taten statt konsequenzlosem Gerede."

Auch in Deutschland beschäftigen sich Rechtsextreme mit dem FPÖ-Begehren. So widmet die "Deutsche National-Zeitung" (Sprachrohr der "Deutschen Volksunion"(DVU)) diesem Thema einen Artikel. (Nr 46 vom 6.11.1992). Sie feixt über das ungeschickte Verhalten der österreichischen. Regierung, das maßgeblich daran beteiligt ist, daß Haider mit seinem Volksbegehren im Mittelpunkt der österreichischen. Innenpolitik steht. Durch diesen Artikel erhält Haider mit seinen rassistischen Forderungen auch von seinen "deutschen Kameraden" Unterstützung.

Einmal mehr zeigen sich die ideologischen Übereinstimmungen in vielen Punkten von FPÖ und deklarierten rechtsextremen Organisationen. Viele FaschistInnen sehen in Haider ein Sprachrohr, der ihre rassistische Hetze öffentlichkeitswirksam und konsumgerecht verpackt propagiert.

Die Regierung beschwichtigt immer wieder, daß sie ohnehin schon 9 von 12 Forderungen Haiders erfüllt hat. Die Forderungen des Volksbegehrens der FPÖ sind großteils von den offensichtlichen FaschistInnen abgeschrieben. Es sei jeder und jedem selbst überlassen, gedankliche Zusammenhänge zwischen den Regierungsparteien und faschistischen Gesinnungsgemeinschaften zu erkennen.●

Anständigkeit zuerst!?

An dieser Stelle wollten wir eigentlich ein Interview mit einigen Promis der Plattform "SOS Mitmensch" bringen. Geplant war so eine Art Streitgespräch zwischen "SOS Mitmensch" und "Querformat"-MacherInnen, moderiert vom TATblatt. Dazu ist es nicht gekommen, da die Promis keine Zeit (und wohl auch keine Lust) dazu hatten. Wir haben dann versucht mehr über diese Aktion, deren OrganisatorInnen usw. zu erfahren, als in den Tageszeitungen steht. Was daraus geworden ist und einige unserer Gedanken dazu findet ihr in diesem Artikel.

(einige vom TATblatt-Wien)

Wie wohl die allermeisten LeserInnen haben wir von der Plattform "SOS Mitmensch" aus den Zeitungen erfahren. Es gab zwar schon vorher einige Gerüchte, daß ein paar Promis versuchen Intellektuelle und KünstlerInnen zu sammeln, um diese in den Kampf gegen das Haider-Volksbegehren zu integrieren. Anfang Dezember "enthüllte" uns dann das profil (eine in Wien erscheinende Wochenzeitung; Anm. d. TB's), daß sich 17 Personen nach mehreren Wochen "hitziger" Debatten auf einen Plattformtext geeinigt hatten. So weit, so gut. Es kann allen nur nutzen, wenn auch sogenannte Prominente mal den Mund aufmachen um AusländerInnenfeindlichkeit und Rassismus anzuprangern.

Bei genauerem Durchlesen des Plattformtextes (siehe Faksimile) war dann allerdings zu erkennen, daß der kleinste gemeinsame Nenner dieser Personengruppe über einige unverbindliche Phrasen nicht hinausreichte. Mit keinem Wort wurde die rassistische Regierungspolitik angegriffen. Aus einem früheren Textentwurf wurde sogar die Formulierung "...fordern einen Kurswechsel" durch "...fordern einen Klimawechsel" ersetzt. Alibiphrasen wie "Gegen willkürliche Abschiebungen" ermöglichten erst die Unterstützungserklärungen von Cap und Löschnak.

"SOS Mitmensch" soll sich nicht einfach gegen den blauen Populisten richten, sondern versteht "...ihr Manifest als ein Signal der Anständigkeit gegen das Unanständige (die Regierungspolitik zählt wohl nicht dazu; Anm. TB), das im Volksbegehren zum Ausdruck kommt" (profil 50/92).

Nach der Löschnak-Unterschrift

Irgendwie war es doch den meisten Promis peinlich, das gerade der Innenminister den Plattformtext unterschreibt. Nach einiger Verwirrung mit sehr gegensätzlichen Presseerklärungen, wurde die Devise ausgegeben, daß es eh ganz leiwand ist den Innenminister in der Plattform zu haben. Nun könne mensch ihm ja konkrete Forderungen stellen. Mit dem Verweis auf den Plattformtext hatte es Löschnal leicht die Forderungen zurückzuweisen. Am 18. Dezember wurde ihm dann ein 6-Punkte Forderungspaket übergeben:

" — Keine Abschiebung vor dem rechtskräftigen Abschluß eines Asylverfahrens

— Jeder sozial hilfsbedürftige Asylwerber soll in die Bundesbetreuung übernommen werden.

— Die Abschiebung von Deserteuren aus der Armee der ehemaligen jugoslawischen Republiken solle untersagt werden, bis zur Klärung der Rechtslage sollten ihnen befristete Aufenthaltsgenehmigungen erteilt werden.

— Menschen, die hier geboren, aufgewachsen oder seit mehr als fünf Jahren im Land leben, dürfen nicht abgeschoben werden" (zitiert aus Standard, 19.12.).

Neben einigen offenen Fragen dazu — z.B. "warum nur Deserteure aus der jugoslawischen/serbischen Armee, und nicht z.B. aus der kroatischen?", oder "wenn schon dieses Konfliktgebiet speziell angeführt wird, warum wird nicht eine Aufenthaltserlaubnis für vergewaltigte Mädchen und Frauen verlangt?" — ist doch eine

deutlich merkbare inhaltliche Weiterentwicklung zu erkennen.

Der Führungsanspruch

Obwohl es uns vielleicht viele nicht glauben, finden wir es wirklich gut, wenn sich Prominente (auch wenns solche sind, die wir gar nicht mögen) in dieser Frage engagieren. Das Problem dabei ist, das Gruppen wie die sog. Sozialabbaubewegung vor einigen Jahren oder eben jetzt "SOS Mitmensch" versuchen (und es auch immer schaffen) eine "Bewegung" zu kontrollieren, zu verwalten, zu beherrschen und letztlich zu zerstören. Die extrem hierarchische Struktur solcher Promi-Plattform-Gruppen macht es für Einzelpersonen oder kleinen Gruppen nahezu unmöglich etwas mitzubestimmen oder selbst zu beeinflussen. Es ist ein löblicher Ansatz, bestehende Gruppen zu koordinieren und zu vernetzen, und ein Büro dafür aufzubauen. Dort können auch gerne alle Hilfsdienste wie Versenden von Aussendungen u.ä. machen.

Ein Besuch im Büro

Da das Interview nicht zustandegekommen ist, haben wir versucht im Büro von "SOS Mitmensch" näheres über Entscheidungsstrukturen, geplante Aktionen usw. zu erfahren. Auf konkrete Fragen wie — was ist der Beirat der Plattform? wer sitzt da drinnen? wer entscheidet was? — bekamen wir die Antworten:

"Es ist alles noch im Umbruch und Aufbau. Es ist alles nicht so ganz klar. Es wird wahrscheinlich mal ein Plenum geben. Die Promis sind eh nie da."

Und was jetzt?

Die meisten von uns sind nicht dafür etwas gegen die Plattform zu machen oder sie (und ihre Aktionen) zu boykottieren. Das heißt nicht, daß wir meinen etwas dort beeinflußen zu können. Sondern es sollte versucht werden sich mit den Unzufriedenen (und das sind nicht wenige, z.B. auch viele Leute von der "Gesamtösterreichischen Plattform gegen Fremdenhaß und Rassismus") zu koordinieren. Gedacht ist dabei auch, sich als eigenständiger Block bei den geplanten Aktionen zu beteiligen. Gemeinsam sollten wir auch einen Teil der Spenden verlangen, die die Plattform im Namen der Bewegung kassiert. Viele Gruppen müssen viel Zeit und Kraft dafür verschwenden, um das nötige Geld für ihre Arbeit (ein paar Tausender für Plakate...) aufzustellen.

Wir hoffen weiter auf ein Interview mit den Leuten von "SOS Mitmensch" oder auch auf eine schriftliche Stellungnahme.

Am 23. Jänner plant "SOS Mitmensch" eine "phantasievolle Großveranstaltung" in Wien.

Die "Gesamtösterreichische Plattform gegen Fremdenhaß und Rassismus" plant eine österreichweite Aktionswoche vom 16. bis 23. Jänner und eine Abschlußkundgebung am 23.1. um 15 Uhr am Ballhausplatz in Wien. Die Abschlußkundgebung am 23. Jänner soll noch mit der Plattform "SOS Mitmensch" koordiniert werden. ●

SOS MITMENSCH

ANSTÄNDIGKEIT ZUERST

Ausländer sind Sündenböcke. Für Wohnungsnot, Schwarzarbeit, Schulprobleme.

Wir haben uns daran gewöhnt, daß Ausländer und Ausländerinnen für uns arbeiten. Wir sind auf sie angewiesen. Im Spital, am Bau, im Fremdenverkehr.

Als Menschen brauchen wir einander.

Wir bilden eine Allianz der Vernunft, die eine neue Politik möglich machen soll.

1. Reformen in der Schule, am Arbeitsmarkt und im Wohnungswesen. Wir sind gegen eine Ausgrenzung.
2. Für ein gleichberechtigtes Miteinander aller hier lebenden Menschen.
3. Zugang zu einem fairen Verfahren für jeden Asylwerber. Gegen willkürliche Abschiebung. Die Menschenrechte müssen immer und überall uneingeschränkt für In- und Ausländer gelten. Ihren Abbau dürfen wir nicht zulassen.
4. Keine Kompromisse mit der extremen Rechten.

Probleme kann man nur mit Vernunft lösen.

Politische Brandstiftung löst keine Probleme.

Brandstifter sind keine Partner.

Wir wollen miteinander menschlich leben.

Unter Mitwirkung von und für den Inhalt verantwortlich: Österreichischer Bundesjugendring – Aktion Kritischer Schüler/innen, Arbeitsgemeinschaft katholischer Jugend Österreichs, Bnei Akiba, Bund Europäischer Jugend, Evangelisches Jugendwerk, Haschomer Hazair, JGCL - Marianische Kongregation Österreichs, Junge ÖVP, Katholische Jungschar Österreichs, Mittelschüler Kartell-Verband, Naturfreundejugend Österreich, Österreichische Alpenvereinsjugend, Österreichische Gewerkschaftsjugend, Österreichische Jungarbeiterbewegung, Österreichische Landjugend, Österreichischer Pfadfinderbund, Österreichisches Jungrotkreuz, Österreichisches Kolpingwerk, Pfadfinder und Pfadfinderinnen Österreichs, Rote Falken, Sozialistische Jugend Österreichs, Sozialistische Kinderbewegung - Kinderfreunde Österreich, Union Höherer Schüler - Republikanischer Club, Junge Generation in der SPÖ, VSSKÖ, SPÖ-Bundesfrauen, Club International, Schülerinnen- und Studentinnengruppe der GPA!

Todesmitteilung

Am 30.04.1993 * verstarb erwartet der Nestbeschmutzer Ralph Giordano Durch seinen Tod wurde Köln ein wenig sauberer.

Statt Spenden erbittet der Jude sein Vermögen zu Gunsten der PLO zu verwenden und ihn in Auschwitz beizusetzen wo er hingehört.

Du Judenschwein wir kriegen Dich bis zum 30.04.93 allemal. Dann werden wir Dir die Hoden abschneiden und Du wirst Deine eigenen Eier fressen. Sei besorgt. Wir kennen Deinen Tagesablauf und sind immer ganz in Deiner Nähe. Bis zum 28.12.1992 wird nichts passieren, aber dann wirst Du erleben, was passiert wäre, wenn unser Führer den Krieg gewonnen hätte.

Es jagen die Germanen u. s. W.

BRD:
Morddrohungen gegen Ralph Giordano

Im letzten TATblatt haben wir unter anderem vom jüdischen Schriftsteller Ralph Giordano berichtet. Er hatte nach den Morden in Mölln an Bundeskanzler Kohl einen Brief geschrieben, in dem er ihm mitteilte, daß er sich bewaffnen werde, um potentielle Angreifer selbst abwehren zu können.

Die Reaktion darauf war eine heftige Gewaltdebatte in der Öffentlichkeit, bei der auch Kohl nicht anstand, Giordano vorzuwerfen, die Eskalation weiter voranzutreiben.

Von rechter Seite bekam Giordano Morddrohungen. Eine davon bilden wir im Folgenden ab, damit wir alle uns einmal überlegen können, wie wir uns fühlen würden, würden wir ein derartiges Schreiben erhalten.

Aber so schnell sind die Betroffenen auch nicht zum Schweigen zu bringen: Sie schließen sich zusammen und machen gemeinsame Aktionen. So gab's zB ein gesammeltes "Waffenschein-beantragen", eine symbolische Aktion, um Öffentlichkeit für ihr Bedürfnis nach Schutz der persönlichen Sicherheit zu schaffen. ●

Dokumentation: Faksimile einer Morddrohung gegen den Schriftsteller Ralph Gordano (Quelle: taz)

Der Adler ist... abgestürzt!

Jörg Haider hetzt in Wien-Favoriten

Einen ersten Vorgeschmack auf die FP-Propaganda zum "Ausländer-Volksbegehren" gabs vergangenen Freitag (18.12.92) in Wien/Favoriten. Dort, wo die FPÖ bei der letzten Gemeinderats-Wahl die relativ höchsten Gewinne heimzuholen verstand, wollte Haider nun einen Probegalopp für die heiße "Werbephase" — ab 11.Jänner — laufen lassen. Ort der Veranstaltung war geschmackvollerweise der Viktor-Adler-Markt: Ein Treffpunkt der vielen "jugoslawischen", kurdischen und türkischen BewohnerInnen des 10.Bezirks.
Überraschenderweise war der Nachgeschmack des Vorgeschmacks gar nicht 'mal so schlecht!

(TATblatt Wien)

Nur etwas mehr als 24 Stunden vor der Veranstaltung macht die Kunde von Haiders Erscheinen in Favoriten als leises Gerücht die Runde. Die Abendzeitungen lassen das Gerücht zur Gewißheit werden: FPÖ-Inserate in Kurier und Krone kündigen Haider und den Wiener FP-Klubobmann Pawkowic an: 16 Uhr 30 am Viktor Adler Markt...

Freitag, 18.12.: Gegen vier Uhr Nachmittags wird eine kleine Bühne aufgebaut. Von beiden Seiten mit großen Plexiglas-Wänden gesichert, bleibt nur eine schmale Öffnung, aus der ein Rednerpult lugt. Dafür aber eine deutlich überdimensionierte Lautsprecheranlage, die Disco-Musik noch zwei U-Bahnstationen entfernt hörbar macht.

Einige PassantInnen bleiben stehen, sehen zu, gehen weiter.

"Ortsfest" sind nur einige wenige FPÖ-Funktionäre (ausschließlich Männer), ein paar Polizisten und eine Gruppe bekannte, organisierte Neonazis.

Als kurz vor halb fünf erstmals eine Stimme über den Lautsprecher zu hören ist, und das baldige Erscheinen des "Herr(n) Bundesparteivorsitzende(n) Dr. Haider" ankündigt, überwiegen die Pfiffe bei weitem. Ein Anzeichen dafür, daß die Inserate in den beiden meißtgelesenen Wiener Tageszeitungen nicht gerade viele SympathisantInnen herbeigelockt haben.

Zehn Minuten später steht der Leibhaftige selbst auf der Bühne und läßt sich das Publikum von Pawkowic (Mitglied der schwer rechten, schlagenden Burschenschaft "Olympia", deren NachbarIn zu sein das TATblatt leider die Ehre hat) "aufheizen": 5000 Öschis pro Haushalt koste die Belastungswelle, die 1993 auf die WienerInnen zurollt. Um gleich auf die Nutznießer der Tariferhöhungen (beim Wasser, der Bim, der ÖBB, bei Müllgebühren usw.; Anmerkung TATblatt) aufmerksam zu machen: 100.000 Schilling streife eine "Feministische Lehrerinnen-Initiative" ein, ganze 12 Millionen erhalte das WUK ("alternatives" Kulturhaus, Anm.) usw...

Inzwischen haben sich zwischen 40 und 50 FP-GegnerInnen am Platz gefunden und gemeinsam begonnen, auf Pawkowic' Polemiken zu reagieren ("Lügen, Lügen", "Nazis raus",...). Ein Aktivbürger (mit guter Gesprächsbasis zu anwesenden Neonazis) attakiert einen Antifa — es kommt zu einem kurzen Gerangel. Es passiert zwar nix, aber langsam formiert sich die Polizei zu einem Kordon, der FPler und Antifas trennen soll.

Das soll sich als — unerwartete — Hilfe für die AntifaschistInnen erweisen: Rund um die Bühne stehen so zwischen 150 und 200 ZuhörerInnen. Hinter dem Polizeikordon jedoch sammeln (zwangsläufig, da der Gehweg von der Polizei schlicht versperrt wurde) sich immer mehr Menschen, und verfolgen gespannt die immer lauter schreienden Antifas. Als Haider an der Reihe ist, verdichten sich die Zwischenrufe zu einem ständigen Lärmpegel. Von kurzen Pausen abgesehen (Luft holen, neue Parolen vereinbaren,...) ist Haider hinter den Antifas nicht zu hören. Der Abstand zwischen Bühne (Spitzname: Papa-Immobil) und Polizeikordon beträgt keine dreißig Meter, und genau dieser Bereich wird mit der Zeit leerer und leerer. Denn lediglich direkt vor der Bühne ist Haider ungestört zu hören. Aber bereits zehn bis fünfzehn Meter davor nervt das Gebrüll der Antifas die ZuseherInnen derart, daß nur die wirklich "Haider-hörigen" bleiben, um den Wort(fetz)en des Führers zu lauschen. Die Polizisten im dreireihigen Kordon können sich überhaupt nur mehr brüllend verständigen.

Gegen 17 Uhr 30 ist der Spuk vorbei. Haider zieht von dannen und hinterläßt eine auf etwa 60 bis 70 fuchsteufelswilde Gefolgsleute geschrumpfte Fan-Gemeinde,... und eine angewachsene Gruppe von GegnerInnen.

Nachsatz:
Bei Redaktionsschluß steht noch nicht fest, ob die so geschmähten FP-Inländer-Freunde ihren Schrecken schon verwunden haben.

Der für Samstag Vormittag am selben Ort angekündigte Infotisch blieb auf alle Fälle eingepackt.●

Haider-Veranstaltungen werden oft erst einen Tag vorher angekündigt. Also: Augen auf!

Kommentare von "StörerInnen"

Keine Zeitung, kein Radio und kein Fernsehen berichtete von der gestörten Haider-Veranstaltung. Es gibt also keine empörten Medienberichte. Dafür aber lassen wir einige der AktivistInnen selbst zu Wort kommen. Von Aufrufen zu illegalen Handlungen distanzieren wir uns selbstverständlich mit allen vom Mediengesetz gebotenen Mitteln. Ihre Anführung an dieser Stelle dient lediglich der Dokumentation. Wir stehen — wie hinlänglich bekannt sein dürfte — eher auf so Sachen wie "Hip Hop Hören gegen rechts" und so...

"...Ich war wirklich baff, wie wenig Leute wirklich zum Haider gekommen sind. Leute, die wirklich extra wegen Haider gekommen sind, waren keine hundert da...."

"...zuerst sind wir teilweise von FaschoFPlern beschimpft worden. Aber nachdem die Polizei den Kordon gemacht hat, kamen sogar Leute, die einfach mitgeschrieen haben. Z.B. türkische Kids, die sich normal am Reumannplatz treffen, oder ein paar alte SP'lerInnen, irgendwelche jüngeren Leute, die zufällig dahergekommen sind..."

"...die ganze Schreierei war schon ziemlich anstrengend; aber irgendwann hab ich bemerkt, daß die Leute um uns herum alle UNS zusahen, und nicht dem Haider. Das war ein ziemlich gutes Gefühl..."

"...im Zehnten war das oft nicht so einfach, irgendwelche Sachen zu machen. Kurz vor dem Opernball 1990 wären dort in der

Fußgängerzone ein paar Autonome fast von den PassantInnen verprügelt worden. Diesesmal aber konnten wir ohne Probleme Flugis verteilen, ja sogar unter den FPlern herumgehen und mit Leuten diskutieren. Ich glaube nicht, daß die FavoritnerInnen plötzlich alle AntifaschistInnen geworden sind. Aber wir waren einfach präsent. Wir waren es, die da das Programm gemacht haben..."

"...vor einem Jahr sind vielleicht zehn Leute zu Haider-Veranstaltungen gekommen und haben sich gesagt: Hören wir doch 'mal, was er so sagt. Heute sind viel mehr gekommen; und die haben gar nicht erst gewartet, WAS er sagt. Die haben ihn einfach angebrüllt. Ich finde, daß das ein ziemlicher Fortschritt ist..."

"...Die show ist für Haider absolut danebengegangen. Der hat einfach niemanden interessiert, weil wir immer mitgeschrieen haben und es auch geschafft haben, auf den Mist, den er von sich gegeben hat, zu reagieren. Aber das war sicher nur die Generalprobe für ihn. Im Jänner kann das auch ganz anders aussehen..."

"...dieser erste Auftritt von 50 AntifaschistInnen gibt uns den Mut, auch weitere Veranstaltungen Haiders zu behindern bzw. verhindern. Dazu wäre es aber notwendig, daß alle, die in Worten Haiders Volksbegehren verurteilen, auch Taten folgen lassen. Wenn wir nicht nur 50, sondern 200 oder 500 GegnerInnen sind, kann Haider seine rassistische Propaganda gar nicht mehr öffentlich verbreiten. Auch wir haben nur kurzfristig vom Auftritt Haiders aus der Zeitung erfahren. Wir werden auch die nächsten Veranstaltungen Haiders stören. Jeder Aufruf zu einer Haider-Veranstaltung in der Zeitung ist auch ein Aufruf an uns, hinzugehen. Wo Haider ist, müssen auch wir sein, weil ein Aktionstag oder Aktionswoche allein zu wenig sind. Und Hirnwixen im Beisl wird die RassistInnen nicht stoppen. Alle sollen kommen! ...sollen Lärminstrumente und Transparente mitbringen!..." ●

Abt. Erklärungen (Anschlags- und ähnliche):

(Genau! Wer erklärt mir dann, wo das in der letzten Nummer angekündigte Rezept in der TATblatt-Kochrezept-Serie, nämlich das für Molotow-Cocktails, geblieben ist?! der Leauter)

Der Briefträger hat's gebracht:

Wir haben in der Nacht vom 4. auf den 5.Dezember den Eingang und die Türe des Hauses Apfelgasse 1 im 4. Wr. Bezirk mit "VAP — NAZIS RAUS" besprüht.

Die VAP (Volkssozialistische Arbeiter Partei) unterhält in diesem Haus (Tür 7 und 8) ihr Büro, bzw. wohnt dort Ing. Alfred Warton, ein führendes Mitglied der VAP.

Mit unserer Aktion wollen wir den FaschistInnen jene Ruhe nehmen, mit der sie am Schreibtisch oder mit einem Molotow-Cocktail in der Hand Anschläge wie am 3.Dezember gegen das ehemalige KZ Mauthausen durchführen.

Die Zeiten der Angst und des Zögerns sind vorbei.

Die faschistische VAP ist eine aktive Kleingruppe, die auch mit antikapitalistischer und pseudosozialistischer Propaganda auftritt. In ihrer Zeitung "Das neue Wort" wird für elitären Nachwuchs geworben und übelster Rassismus betrieben. Mehrere VAP-Führer, wie Warton, stammen aus der NDP (Nationaldemokratische Partei).

Sie unterhält auch Kontakte zum Bundesvorsitzenden Friedhelm Busse der FAP (der deutschen Freiheitlichen Arbeiter Partei). Die VAP rief auch auf, Haider zu wählen.

Tod dem Kapitalismus — Für den Sozialismus!

Sexisten, RassistInnen und FaschistInnen, wir kriegen euch!

Burn out the rich — fight the power!

Feuer und Flamme dem FP-Volksbegehren und dem EG-Beitritt!

Antifaschistische Nikolos/as

Anmerkung der Redaktion: Der Nikolo oder die Nikola kommt am 6.Dezember. Folglich muß es sich um revolutionäre Krampusse gehandelt haben! ●

Und noch ein Schmuckstück aus unserem Tb-Briefkasten:

AusländerInnenfeindlichkeit stinkt!!!!

Deshalb haben wir Buttersäure in und vor das FPÖ-Lokal Dietrichgasse 63, 1030 Wien geschüttet. Wer hier in Österreich versucht, Politik auf Kosten von Menschen ohne österreichischen Paß zu betreiben, wer versucht, unter dem Deckmantel der Demokratie "Ausländer raus" zu propagieren, hat mit unserem entschiedenen Widerstand zu rechnen.

Das gilt jetzt insbesonders für die FPÖ. Aber auch alle anderen Rassisten müssen mit unserem Kommen rechnen.

Bleiberecht für alle
Ihr stinkt zum Himmel

Flexibles Antifaschistisches Kommando; 14.12.1992

PS.: Wir kommen wieder.

Erklärung:

Wir haben heute, den 09.12.1992 die Eingangstüren des Landes-, Bezirksgerichts, sowie des Gefangenenhauses Linz zugepickt, um gegen die willkürliche Vorgehensweise der Linzer Polizei (am 21.11.1992 in der Schillerstraße) und Justiz gegen drei AntifaschistInnen zu protestieren.

Die 3 Untersuchungshäftlinge müssen jetzt als Sündenböcke für das unmenschliche und faschistoide Verhalten der Polizei und Jusitz herhalten.

Die 17 türkischen faschistischen Grauen Wölfe wurden zwar in die Türkei abgeschoben, ihnen droht jedoch auf Grund ihrer türkischen Nationalität keinerlei Repressalien. Im Gegensatz dazu droht den 2 Kurden bei einer Abschiebung in die Türkei der sichere Tod.

Will sich die Justiz und die Polizei des Mordes mitschuldig machen ???

Die einzige Österreicherin wurde erst 6 Tage nach dieser Aktion unter dem Vorwand des "Landfriedensbruch" und "Sprengung einer Veranstaltung" festgenommen.

Wir wollen nicht, daß mit diesen 3 Personen ein politischer Schauprozeß veranstaltet wird, während die wahren Schuldigen, die Grauen Wölfe weiterhin das kurdische Volk in der Türkei und Europa verfolgen und ermorden.

Deshalb fordern wir die sofortige Einstellung dieser Verfahren und die Freilassung der 3 AntifaschistInnen.

ABSCHIEBUNG IST FOLTER — ABSCHIEBUNG IST MORD
BLEIBERECHT FÜR ALLE JETZT SOFORT
FREILASSUNG ALLER POLITISCHEN GEFANGENEN

Es ist noch nicht aller Tage Abend — wir kommen wieder, keine Frage !!!!!

LINZ — EINE STADT KLEBT ZU

Die Autnomen KleberInnen

Seit geraumer Zeit intensivieren in der BRD verschiedene rechtsextreme Gruppen ihre Bestrebungen, AntifaschistInnen aus dem bürgerlich demokratischen Spektrum bis hin zu Autonomen auszuforschen, um gezielt gegen sie vorzugehen. Diese Aktivitäten werden arbeitsteilig auf verschiedenen Ebenen und mit verschiedenen Schwerpunkten durchgeführt. Inzwischen zeichnet sich auch anhand der Formierung einer "Anti-Antifa" die Intensivierung der Zusammenarbeit verschiedenster FaschistInnen-Organisationen ab.

Anti-Antifa Tätigkeiten in der BRD und in Österreich

(Antifa Info 20/einige Antifas)

Im September 1992 verschickte die Anti-Antifa Bonn, ein Zusammenschluß verschiedenen faschistischer Gruppen, so etwa die Wiking Jugend und die FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei), eine "Pressemitteilung" an 100 ihr bekannte antifaschistische Adressen. In dieser "Pressemitteilung" kündigt die Anti-Antifa an, daß mensch nun "alle bekannten Daten speichern" werde, um sich "für die Repressalien der letzten Jahre zu revanchieren". Die Initiative für eine Anti-Antifa kommt aus den Reihen der GDNF (Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front - FaschistInnen, die sich um den verstorbenen Michael Kühnen sammelten).

So wird in ihren Publikationen seit dem Sommer 92 das Thema Anti-Antifa sehr ausführlich behandelt. In der Augustausgabe der Hamburger GDNF-Zeitung INDEX erfährt mensch, daß es den

FaschistInnen bis jetzt gelungen sei, rund 1200 Eintragungen über ihre GegnerInnen zu sammeln.

Diese "Sammeltätigkeit" ist eigentlich sehr verständlich, wurden doch Führer der GDNF, wie Christian Worch (INDEX-Herausgeber) oder Jürgen Rieger immer wieder von AntifaschistInnen "besucht" und verprügelt. Auch die Zahl der Autos von FaschistInnen, die von AntifaschistInnen mit beträchtlichen Schäden zurückgelassen wurden, stieg 1992 rapide an. So wurde Anfang November das Auto von Christa Görth, einer führenden GDNF-Faschistin völlig zerstört. Görth war bis 1991 Vorsitzende der HNG (Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und ihre Angehörigen), die auch fast alle FaschistInnen, die 1992 in Österreich verhaftet wurden, wie etwa Küssel, Reinthaler und die Traunkirchner VAPO-Bande, finanziell und "moralisch" durch ihre Zeitung die HNG-Nachrichten, unterstützt.

Aber auch in Österreich sind in letzter Zeit "Anti-Antifa"-Aktivitäten verschiedener rechtsextremer Gruppen festzustellen.

So erschienen in der September Ausgabe (2/92) der AULA-Jugend Zeitung "Identität" zwei Artikel. Der eine über die "linke Szene in Wien" der andere über verschiedene linke Zeitungen und Gruppen (Ausführlicher Bericht siehe TATblatt minus 24). Neben der Forderung, bezüglich linker Aktivitäten "damit muß aber jetzt einmal Schluß sein", finden sich in den Artikeln auch zahlreiche Adressen und Fotos von linken Projekten und AktivistInnen.

In den "Kommentaren zum Zeitgeschehen", deren Herausgeber die rechtsextreme AFP (Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik) ist, werden die LeserInnen aufgefordert "Anschriften von ortsbekannten Gesinnungsterroristen" zu schicken, denn diese sollen "sehen, daß es WIDERSTAND gibt".

Dieser Widerstand äußert sich darin, daß mensch im Briefkasten AFP-Propaganda oder seine Adresse in den "Kommentaren" findet. In den letzten Ausgaben der "Kommentare zum Zeitgeschehen" findet mensch die Adressen der HOSI (Homosexuellen Initiative Wien) oder die der Desserteursberatung in der Wiener-Schottengasse. Wie mensch sich leicht vorstellen kann, werden die beiden Adressen nicht als solche erwähnt, bei denen mensch sich beraten bzw. helfen lassen kann. Auch der Herausgeber der Zeitung "Hallo Nachbar" (eine Gratis-Bezirkszeitung) schaffte es, mit seiner Privatadresse in den "Kommentaren" erwähnt zu werden. Hatte er es doch zugelassen, daß in seiner Zeitung ein Artikel erschien, der auf Verbindungen zwischen FaschistInnen und FPÖ-PolitikerInnen hinwies.

Aber solche "Datensammlungen" von RechtsextremistInnen über politische GegenerInnen sind keineswegs etwas Neues. Schon zu ANR (Aktion Neue Rechte)-"Spitzenzeiten", Ende der 70er-Jahre, wurde von dieser eine "Feindkartei" angelegt. Der Verantwortliche dafür war der jetzige Führer der DIAR (Döblinger Initiative Autofahrer Rechte), Dr. Georg Gasser. Die Kartei wurde übrigens von der STAPO beschlagnahmt und ergänzt(e?) seither einige STAPOakten.

Auch bei der Verhaftung von Gottfried Küssel im Jänner 92 wurden ebenfalls Disketten von der STAPO beschlagnahmt, auf denen sich "Feindlisten" befinden.●

Leipzig:

Mit scharfer Munition gegen HausbesetzerInnen!

Straßenschlacht nach Mordversuch an Hausbesetzer

Im Zusammenhang mit den ständigen rassistischen Angriffen und Überfällen in der BRD und anderswo meldete der ORF am 28.November gerade zu herausragend Überraschendes: In Leipzig hätte es eine Straßenschlacht zwischen Polizei und Kriminellen aus der Hausbesetzerszene gegeben; es gäbe keinerlei politische Hintergründe..... Erst wußten wir nix damit anzufangen — bis uns Flugis und eine Stellungnahme geschickt wurden, die wir im Folgenden zusammengefaßt wiedergeben.

(TATblatt/Flugis aus Leipzig)

Freitag, der 27.November 1992; 20 Uhr: BewohnerInnen der Leipziger Leopoldstraße rufen die Polizei, weil zwei Jugendliche an einem Auto hantieren. Minuten später treffen mehrere Polizeiwägen ein, die Jugendlichen versuchen in ein besetztes Haus in derselben Straße zu flüchten, werden aber festgenommen.

Die BewohnerInnen des besetzten Hauses laufen auf die Straße und versuchen, die Festgenommenen zu befreien. Eine Polizistin zieht ihre Pistole und schießt. Sie trifft auch: Daniel H. bleibt mit einem Bauchdurchschuß liegen.

Die BesetzerInnen vertreiben rasch die Polizei und organisieren ärztliche Hilfe für Daniel.

Etwa 21 Uhr: Die Nachricht von der Schußverletzung Daniels verbreitet sich schnell. Von anderen besetzten Häusern und verschiedenen Konzerten kommen insgesamt etwa 150 Menschen, um das Haus in der Leopoldstraße vor einem — erwarteten — neuerlich Angriff der Polizei zu schützen. Barrikaden werden gebaut und angezündet.

Gegen 21 Uhr 30 kommen dann 20 Einsatzwägen der Polizei und noch einiges an Feuerwehr und versuchen, die Menge (u.a. auch wieder mit scharfen Schüssen) auseinanderzutreiben.

Später:

Immer wieder kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Autonomen und randalierenden PolizistInnen, in denen dank personeller Überlegenheit die Autonomen stets die Überhand behalten (in den Städten der Ex-DDR gibt es, besonders

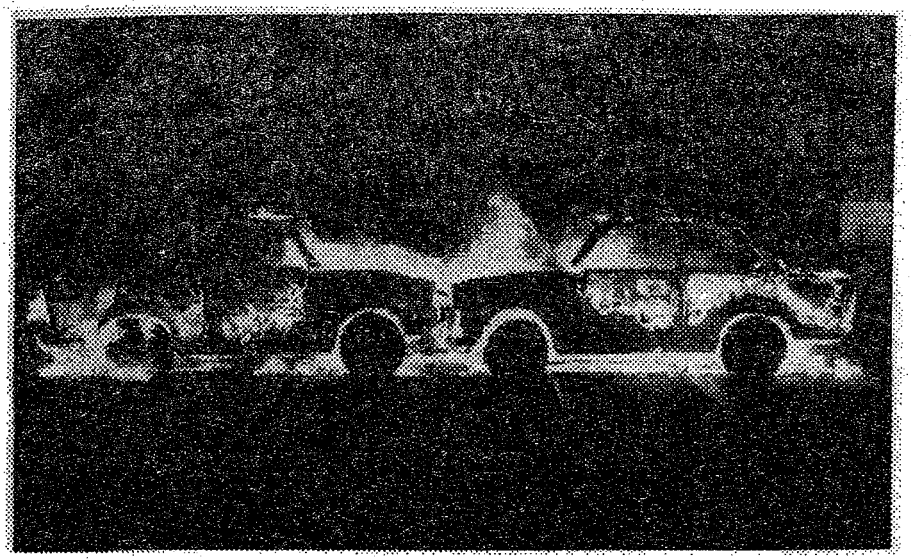


Foto: Brennende Autos bei Straßenschlacht in Leipzig

nächtens, nur sehr wenige einsatzbereite PolizistInnen). Zahlreiche Auslagenscheiben gehen zu Bruch, ein Heimwerkergeschäft wird geplündert, um mittels Nitro die Barrikaden anzuzünden bzw. mit den Spraydosen die Stadt zu verschönern. Erst **gegen 3 Uhr nachts** ändert sich die Lage zugunsten der Polizei, nachdem Verstärkung aus anderen Städten eingetroffen war. Die Polizei stürmt das lokale Jugendzentrum und nimmt — nach längerem hin und her von Festnahme und Befreiung durch andere Autonome — insgesamt 41 Personen fest. Zehn der festgenommenen werden sofort, weitere 21 am nächsten Morgen entlassen. Zehn Personen sitzen nach einem Schnellrichter-Verfahren "ihre" Strafe ab.

Am nächsten Tag zerkrachten sich die Leipziger Autonomen und HausbesetzerInnen an Grundsatzfragen: Während "die einen" den nächtlichen Streetfight als Folge "rein kriminellen Autoeinbruchs" hinstellen wollten, bestanden "die anderen" darauf, daß der scharfe Schuß einer Polizistin durch Daniels Bauch der Anlaß des Krawalls gewesen sei ("ein Bauchdurchschuß ist ein potentieller Herzschuß! Also versuchter Mord!"). Die eher wahllos eingeschlagenen Fensterscheiben wurden allerdings auch von an der Straßenschlacht beteiligten kritisiert.

Der Streit unter den Leipziger Autonomen und HausbesetzerInnen scheint anzudauern.....

Fehlt noch der Polizeibericht: "...eine Polizeibeamtin gab 2 Warnschüsse ab, von denen einer Daniel H. in die Hüfte traf. Er ist außer Gefahr. (...) Ursache der Ausschreitung war der Versuch von zwei, der Hausbesetzerszene angehörenden Personen, in ein Auto einzubrechen...."●

Spanischer Neo-Nazi-Präsident wurde freigesprochen

Am 25. September 92 wurde der Präsident der spanischen FaschistInnenorganisation CEDADE (Spanischer Kreis der Freunde Europas), PEDRO VARELA (35) nach seinen Auftritt bei den "Kärtner Kulturtagen" wegen früherer Vergehen gegen das NS-Verbotsgesetz verhaftet.

Varela hielt in Weyer (OÖ) im Oktober 91 einen Vortrag über "den Helden der Helden, Adolf Hitler". In seinem "Vortrag" lobte er nicht nur die Beschäftigungspolitik Hitlers bzw. die des 3. Reiches, sondern er bewunderte auch Hitler, weil er ein Mensch gewesen sei, der "den Wert des Kampfes bis zur bitteren Neige bewahrte". Der Anwalt Valeras verteidigte seinen Mandanten damit, daß dieser ja ein Ausländer (= Spanier) sei und daher die österreichischen Gesetze nicht kenne, und überhaupt wäre "eine Verherrlichung Hitlers nur strafbar, wenn Valera die Einführung von KZ gefordert hätte".

OTTO SKORZENY, ehemaliger Chef der SS-Untergrundarmee und hochrangiger Terrorist in HITLERs Diensten, hier als Generalvertreter der Firma VOESt

Valeras Anwalt ist (natürlich?) HERBERT SCHALLER, der neben seiner Tätigkeit als Verteidiger führender österreichischer RechtsextremistInnen auch Vorträge bei verschiedenen rechtsextremen Gruppen hält. So auch bei der deutschen Neonaziorganisation NF (Nationalistische Front), die Ende November 92, als staatliche Reaktion auf die rassistische Morde von Mölln in Deutschland verboten wurde.

Valera erzählte während seines Prozesses, daß er Ochensberger schon öfters besucht hatte, und daß sich Honsik zur Zeit als Gast der CEDADE in Spanien aufhält. Die beiden Neonazis hatten ja Österreich ungehindert "verlassen", um ihrer Haftstrafe bzw. der Berufungsverhandlung zu entgehen. Auch die Zukunft der von Honsik herausgegebenen primitiv-faschistischen Zeitung HALT ist gesichert, denn Valera hat Honsik eine billige Druckerei in Spanien besorgt.

Valera wurde vom Richter freigesprochen, nachdem 4 LaienrichterInnen für schuldig, die restlichen 4 auf nicht-schuldig entschieden hatten.

Die CEDADE wurde bereits 1960 von dem österreichischen NS-Kriegsverbrecher OTTO SKORZENY gegründet. Der miltanten CEDADE, werden bis zu 3000 militärisch gut ausgebildete MitgliederInnen zugerechnet. Die CEDADE spielt eine wichtige Rolle bei der internationalen Zusammenarbeit der FaschistInnen. So veranstaltet sie jeden Jahr im November internationale Treffen faschistischer "Führer", bei denen der LEGION CONDOR und des Todestages des faschistischen Diktators FRANCO gedacht wird. 1991 nahm auch eine Abordnung aus Österreich bei diesen Treffen teil.

Die beachtlichen Geldmittel der CEDADE kommen übrigens aus Österreich, denn während Skorzeny in Österreich steckbrieflich gesucht wurde, war dieser als VÖEST-Generalvertreter für Spanien und Lateinamerika tätig. Nach seinem Tod vermachte er einen Teil seines Vermögens der CEDADE in Form einer Stiftung, die damit auch die Tätigkeiten der österreichischen "Exil"-Neonazis Honsik und Ochensberger sowie die Vorträge ihres Präsidenten finanziert.

Starke Anziehungskraft für RechtsextremistInnen

Für alle jene, die wollen, daß bekannte RechtsextremistInnen bei Veranstaltungen auftauchen oder in Initiativen mitarbeiten, gibt's nun scheints ein sicheres "Lockmittel" — eine AutofahrerInnenpartei.

So tauchte vergangene Woche bei einer Veranstaltung der Wiener-ÖABP (Österreichische Autofahrer- und Bürgerinteressen Partei) über die Themen "Maut, Tempo 30, 0,5 Promille und Parkuhren" der bekannte Rechtsextremist ROBERT DRECHSLER auf. Aber die "Autothemen" interessierten ihn nicht besonders, viel wichtiger für ihn war, zu erfahren, was die ÖABP zum FP-Volksbegehren sagt.

Deren sinngemäße Stellungnahme dazu: Es gibt gute AusländerInnen (z.B. TouristInnen, GastarbeiterInnen, "die Arbeiten erledigen, die die Österreicher nicht machen würden") und schlechte AusländerInnen (SchmarotzerInnen und VerbrecherInnen). Letztere brauchen die ÖAB-Pler genauso wenig, wie inländische SchmarotzerInnen und VerbrecherInnen brauchen. Aber dennoch "Menschen sollten nicht über Menschen abstimmen".

Drechsler war mit diesen Aussagen sichtbar unzufrieden, doch niemand wollte mehr über das Volksbegehren reden, Auto-Verkehrspolitik war doch wichtiger. Drechsler wohl nicht so ganz auf diesem Gebiet bewandert, hielt dann bis zum Ende der Veranstaltung seinen Mund.

Drechsler ist der Vorsitzende von über 10 rechtsextremistischen Vereinen bzw. Parteien. Mit einer dieser Parteien, den "Grauen, Wahlgemeinschaft der älteren Generation" versucht Drechsler ständig bei Wahlen anzutreten, was bisher immer an der niedrigen Zahl der von ihm gesammelten Unterstützungserklärungen scheiterte.

Auschreitungen gegen Behinderte nehmen in der BRD erschreckend zu

Die Auschreitungen von Neonazis gegen geistig und körperlich Behinderte fanden bisher vor allem in der Ex-DDR statt. In Halle wurden 5 SchülerInnen einer Gehörlosenschule auf offener Straße krankenhausreif geschlagen.

In Stendthal überfielen FaschistInnen ein Bildungswerk für Behinderte und prügelten auf diese ein. In der Nähe der Stadt Quelinburg wurde ein

Behindertenheim mit Steinen angegriffen. Aber auch in Westdeutschland "weht wieder ein anderer Wind". So mußten in Hannover mehrere MitgliederInnen eines Blindenverbandes übelste Beschimpfungen übersich ergehen lassen: "Unter Hitler wärt ihr schon längst vergast worden" oder "Ihr lebt nur von unseren Steuergeldern".

Brandanschlag auf ein von MigrantInnen bewohntes Haus

Durch Brandstiftung wurde in Lambach (OÖ) am 17.12. 92 ein von MigrantInnen bewohntes Haus schwer beschädigt. Das Feuer hat den gesamten Dachstuhl, sowie das Obergeschoß des Hauses zerstört. Die BewohnerInnen konnten sich in Sicherheit bringen. Die Polizei hat bis jetzt keine Hinweise gefunden, die auf ein politisches Motiv hindeuten würden.

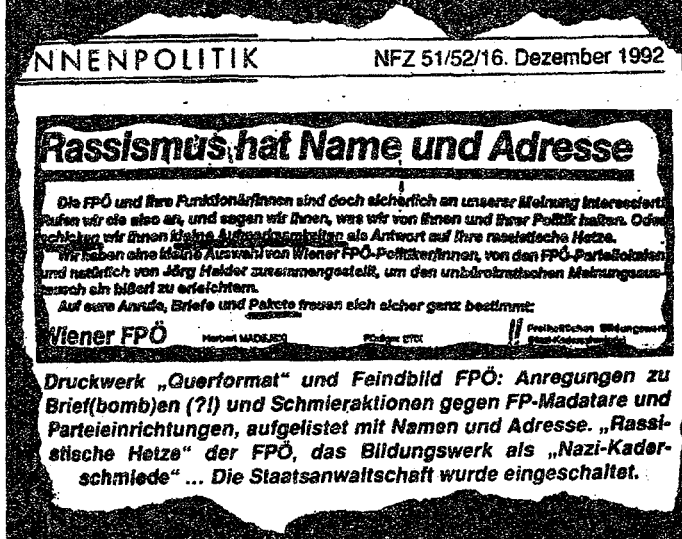
Hinter dieser Aussage steht wohl wieder die Anordnung des Innenministeriums, keine rassistischen Anschläge in Österreich an die Öffentlickeit gelangen zu lassen. So kommt es, daß in deutschen Zeitungen mehr über den Anschlag auf das ehemalige KZ Mauthausen zu lesen war, als in österreichischen.

Geld machen mit Fascho-Zeug!

Gleich beim U2-Abgang Babenberger-Straße, (vis-à-vis von ehem. 52er-Station) bietet der sogenannte "Mariahilfer Bazar" (Neo-)Nazi-Flaggen zum Verkauf an. Doch nicht nur Flaggen, sondern auch Ringe und Baseballkappl'n, verunziert mit dem "Keltenkreuz", kann mensch ohne Probleme dort kriegen. Als Antifas die Verkäuferin darauf aufmerksam machten, stellte sich diese blöd ("da muß ich erst die Chefin fragen"), und versuchte die Antifas zu "beruhigen", da(ß) diese Flaggen (nicht?! Anm. Korr.) sehr oft verlangt würden. Unser Vorschlag: mensch sollte diesen Laden aufsuchen und ihnen öfters höflich mitteilen, daß sie den Verkauf von diesem Dreck in Zukunft unterlassen [illegible]ten. Falls sie darauf nicht rea[illegible] müßte der Laden als Teil faschistischer Infrastruktur angesehen und dementsprechend behandelt werden. (Nein! Nichts Illegales und Unanständiges, wie Superkleber, Buttersäure, Umverteilung oder gar Steine! Sauber bleiben!!!)

FPÖ und Staatsanwalt gegen das QUERFORMAT

Das "Querformat", dessen erste Ausgabe im letzten TATblatt dokumentiert wurde, erregt Aufsehen: Die FPÖ dürfte besonders vom Aufruf zum "unbürokratischen Meinungsaustausch" angetan gewesen sein. Auf Seite 2 der "Neuen freien Zeitung" Nr. 51/92 vom 16. Dezember widmet Walter Howadt ihm sogar einen Leitartikel... (NFZ, Grillparzerstraße 7/7a, 1010 Wien, Telefon 0222/4023585-0)


NNENPOLITIK NFZ 51/52/16. Dezember 1992

Rassismus hat Name und Adresse

Die FPÖ und ihre Funktionärinnen sind doch sicherlich an unserer Meinung interessiert. Rufen wir sie also an, und sagen wir ihnen, was wir von ihnen und ihrer Politik halten. Oder schicken wir ihnen kleine Aufmerksamkeiten als Antwort auf ihre rassistische Hetze.

Wir haben eine kleine Auswahl von Wiener FPÖ-Politikerinnen, von den FPÖ-Parteilokalen und natürlich von Jörg Haider zusammengestellt, um den unbürokratischen Meinungsaustausch ein bißerl zu erleichtern.

Auf eure Anrufe, Briefe und Pakete freuen sich sicher ganz bestimmt:

Wiener FPÖ

Druckwerk „Querformat" und Feindbild FPÖ: Anregungen zu Brief(bomb)en (?!) und Schmieraktionen gegen FP-Madatare und Parteieinrichtungen, aufgelistet mit Namen und Adresse. „Rassistische Hetze" der FPÖ, das Bildungswerk als „Nazi-Kaderschmiede" ... Die Staatsanwaltschaft wurde eingeschaltet.

im Kopf. [illegible] Haß. Nicht Ausländerhaß, nicht als Gewalt und Ausschreitung gegen Fremde. Gewalt gegen Fremde gab's hierzulande nur durch Türken gegen Türken, Serben gegen Bosnier. Hier wird Haß gesät, von Inländern, denen die Felle und Pfründe davonschwimmen, gegen Inländer, die auf demokratischem Wege zu ihrem Recht kommen wollen. Die Auswüchse davon: Haider im Fadenkreuz, „Schießt auf ihn!", anonym; Haider mit einem Messer im Kopf, „autonom"; nun, siehe nebenstehendes Faksimile, die Unterstellung des Rassismus und indirekte Aufforderung zur Briefbombe: darunter Namen (Privat-) Adressen und Telefonnummern aller Wiener FP-Abgeordneten, Jörg Haiders und freiheitlicher Parteilokale. Affichiert in ganz Wien, in U-Bahnstationen, an anderen öffentlichen Orten. Das Impressum ist natürlich falsch. Denn feiger Haß hat keinen Namen.

Die Verirrungen im Kopf werden bitterer Ernst: Demokratische Mandatare sind bedroht. Bis sich ein Narr findet, der die erste Bombe schickt. Und wenn es dann zur Gegenreaktion kommt, wird morgen erreicht, was man immer wollte, in solchen Köpfen.

Zurück zu[illegible]

Faschofeier abgesagt !

Nix wars mit dem *"Weihnachtsfest des Freundeskreises Gerd Honsik"*. Durch den Anruf eines Antifaschisten (ein kräftiges Rotfront!) aufgeschreckt, fragte der Bezirksvorsteher von Brigittenau beim Wirten vom "Brigittenauer Weinstadl" nach, ob er denn wüßte, welche Gäste er heute beherbergen sollte. Er wußte es nicht. Angemeldet war die Veranstaltung nämlich unter "Taxi Strobl" (mehr dazu siehe unten). Angesichts der neuen Erkenntnis, daß eine Neo-Nazi-Feier samt einer Antifa-Demo seinem Haus bevorstand, kündigte er schleunigst Vereinbarung.

Trotzdem sammelten sich nach und nach ca. 40-50 Antifas vorm Lokal, jedoch kritisch beäugt von ebensovielen Bullen (Alarmis und Stapozisten), wodurch ein Abgreifen der im Taxi angekarrten Nazis (hauptsächlich die Loden- und Kukident-Fraktion) unmöglich war. Wegen der eisigen Kälte beschlossen die AntifaschistInnen nach 1-1/2-stündigem Herumstehen, sich in wärmere Gefilde zu begeben.

Die Reaktionen der Bevölkerung auf unsere Anwesenheit waren verwundert-interessiert bis unterstützend. ("Jetzt fongan die Nazis scho on wie in Deitschland!! Weg mit earna!! Weg mit de Gfrasta!!" Zitat von ca. 60-jährigen Passantinnen). Auch für etwaige Aktionen hatte mensch Verständis (" wenn's was werft's, passt's auf auf des rote Auto; des is nämlich meins!"). Alles in allem eine recht amüsante Aktion.

Aber heute ist nicht alle Tage..... bis zum nächsten Mal!

Salzburg: Großaufgebot gegen RadiopiratInnen

Am 23.11., um 18.00 Uhr, war es auch in Salzburg so weit: auf 101,7 Mhz ging "Radio Bongo 500" auf Sendung.

Am Programm stand hauptsächlich eine Selbstdarstellung des Projekts: Sendezeit vorerst jeden Montag von 18.00 bis 18.30 Uhr auf 101,7 Mhz, in weiterer Zukunft dann öfter. Inhalt sollen jene Themen sein, die die traditionellen Massenmedien verschweigen, Meldungen aus Presse, TV und Radio sollen kommentiert werden. Radio Bongo 500 will einer möglichst großen Vielfalt an kulturellen Darstellungsformen Raum bieten. sich daraus ergebende Widersprüche werden als Bereicherung des Programmes gesehen. Dezidiert nicht erwünscht sind *"faschistische, rassistische, sexistische oder sonstwie reaktionäre Inhalte"* (O-Ton).

Es folgte noch ein kurzer Beitrag über die Salzburger "Plattform Kultur". Am Schluß verabschiedete sich Radio Bongo 500 mit den Worten: *"Offensichtlich hat es die Post bis jetzt noch nicht geschafft, uns zu peilen. Die peilen auch gar nix. Daher haben wir unseren Sender noch und ihr könnt uns nächste Woche wieder um dieselbe Zeit auf derselben Wellenlänge empfangen."*

Das nun wollte sich die Post offensichtlich doch nicht nachsagen lassen: Am darauffolgenden Montag, 30.11., schritt gleich ein Aufgebot von ca. 30 Personen ein. Von Kriminal- über Staatspolizei, Mobiles Einsatzkommando (zur Bekämpfung von "Gewaltverbrechen") bis zur Funküberwachung der Post war alles da. Beschlagnahmt wurden: *"12 Spielkassetten, 1 Autoradio ohne Typenbezeichnung, 1 Führerscheintascherl, 1 Zulassungsschein, 1 Studienausweis, 1 Salzburger Stadtplan, div. Organstrafverfügungen, 1 Käfer-Betriebsanleitung, 3 m Sendeantenne, 1 Schachtel für Cassettenplayer und 1 Kasblattl 14"*. Der Polizeieinsatz wurde von zahlreichen Medienwissenschaftlern der Universität Salzburg öffentlich kritisiet.

Den Sender konnten die Gesetzeshüter bei dem Übergriff allerdings nicht erbeutet. Das heißt, Radio Bongo 500 wird's weiter geben: Montag, 18.00 Uhr, UKW 101,7 Mhz im Raum Salzburg.

(Quelle u.a.: kas*blattl* [das ist kein Witz!] Nr. 14 u. 15; Bezugsadresse: 5010 Salzburg, Postfach 6)

1090

zeiturnier, Der Kurort, N.N.+DJ.ING
Sa, 9.1.,
20.00: **Loud+Lost in November**
Di, 12.1.,
20.00: **Fear Factory**

Tirol

Innschbruck

Fr, 25.Dezember;

Am Haven: Die spezielle Weihnachtsparty — Prost Christkind mit I.Q.69 (Ibk/Unterland), TBC what? (Ibk) und Crashcourse (Wörgl) — Musikalisch eine ganz klare Sache — Punk-Rock-aktuell...

Wean

Mittwoch, 23.Dezember

19.00, HOSI-Zentrum, 2, Novaragasse 40: **Kleine Weihnachtsfeier** der Lesbengruppe

Donnerstag, 24.Dezember (Ostern!)

19.00, HOSI-Zentrum, 2, Novaragasse 40: **Alfred** lädt zu einer **Weihnachtsfeier** in der HOSI

Dienstag, 29.Dezember

20.00, Theater m.b.H., 7, Zieglergasse 25: **Die Aufsässige** von Monika Helfer
Eine luzide Schilderung weiblicher Süchte und Sehnsüchte. In assoziativ verbundenen Sequenzen von Alpträumen und Träumen von Freiheit und Maßlosigkeit ordnet sich das Grundmuster eines Frauenlebens, der Konflikte zwischen den Geschlechtern und den Generationen und des eigensinnigen Bestehens auf dem Recht der Identität.
Eine ältere Frau, erfahren in den Beschwerlichkeiten eines Frauenlebens und nicht mehr Willens, die auferlegten Konventionen zu erfüllen, trifft auf eine junge Frau, die ein Stück des Weges getragen zu werden verlangt — ihre Füße seien wundgelaufen.
Die bequeme Position am Rükken einer anderen wird aber nicht mehr verlassen, bietet sie doch auch einen aufschlußreichen Bilck auf die Existenz der Trägerin und auf die mit ihr in Beziehzung stehenden Personen.
Aus dem alten Märchenmotiv des vogeblich hilfebedürtigen, der sich von einem Vorüberkommenden am Rücken tragen läßt und nicht mehr loszuwerden ist, man brächte ihn denn um, entwickelt eine schrille Frauengeschichte voll subversivem Witz. Die aufsässige Smaragd entdeckt die Lebensgeschichte der eigensinnigen Frau Zucker und derenb Verhältnis zu ihren drei Töchtern Rubin, Jade und Perle sowie den Männnern, die diesem Frauenclan zu nahe kommen.
"Irgendwann werden sie einem zu Last, und was macht man dann, wenn man sie nicht mehr haben will? Da sagt man doch einfach: Ich könnte dich umbringen. Am Theater kann man das auch tun." *(Monika Helfer)*

Mittwoch, 30.Dezember

20.00, Theater m.b.H., 7, Zieglergasse 25: **Die Aufsässige** von Monika Helfer

Donnerstag, 31.Dezember

20.00, Theater m.b.H., 7, Zieglergasse 25: **Die Aufsässige** von Monika Helfer
21.00, HOSI-Zentrum, 2, Novaragasse 40: **Silvesterfeier** der HOSI

Leben mit dem Regenwald. Indianer vom Amazonas. Ausstellung bis 14.3.93, Di-So 9.00-17.00, Do bis 20.00, Schloßmuseum Linz, Tummelplatz 10

Wien

jeden Tag, ab ca. 17.00: **Telefonzeitung "AnNa"** die ANderen NAchrichten unter Telefon Nr 58801-5801

Das **Frauenzentrum-Beisl** 1090 Währinger Str 59/6, Ecke Prechtlgasse, ist zu folgenden Zeiten geöffnet: Mittwoch und Freitag von 19.00-24.00, am 1. Samstag im Monat gibt es ab 21.00 Disco, jeden 2. Samstag im Monat rauchfreie Disco ab 21.00, jeden 4. Samstag im Monat 21.00-01.00 (keine Diskussion)

RAF (**Radfahren am Freitag**) jeden Freitag ab 16.00, Treffpunkt: Radhausplatz

Positive Line (Positive beraten Positive) Mo 15-19.00 Tel. 408 61 86, 408 61 87
Safer Sex Hotline: 408 61 86, Mi und Fr 18-20.00

Menschen und AIDS - Club Plus (++) Selbsthilfegruppe Wien
Montag: Positiv Telefon 14-17.00: 403 33 74, 408 67 49
jeden Freitag von 19-22.00 ist Club-Treffen (1080, Lenaug. 17, durch den Hof, 1. Stock, bei AIDS Hilfe anläuten)

Piraten Radio 103,3 FM: jeden Freitag, 18.00: Radio TU, 20.00: RADIO DURUTTI

jeden Mittwoch 21.00: **Gay-Girl-Night** (nur für Frauen) im Volksgarten (Eintritt öS 60,-)

jeden Di und Do, 18.30: **Antipsychiatrisches Forum - Betroffenenoffensive** (3., Drorygasse 23/1, Tel. 7219714)

jeden Sonntag, 18.00: **Offenes Plenum wegen Anti-AusländerInnen-Volksbegehren** (EKH, 10, Wielandgasse 2-4)

dazu gibt's bei der ÖRBI; 1090 Wien, Währingerstraße 59; Telefon (0222) 402 69 55.

Übrigens: Zwei kostenlose Fahrkarten gibt es im Rahmen der TATblatt-Geschenkabo-Aktion zu erstehen. Siehe dazu die Geschenk-Abo-Seite in dieser Zeitung!

Freitag, 8.Jänner

19.00, VHS Urania, 1, Uraniastraßa 1: **Raum du bist!** Raum Nehmen statt Mitbestimmung/es gibt viele Niemandsländer, mit Heide Studer

Dienstag, 12.Jänner

10.00, VHS Favoriten, 10, Ada Christen-Gasse 2: Kindertheater **Schwan klebt an** (3-9 Jahre), Gruppe Fabula

Mittwoch, 13.Jänner

9.30, VHS Favoriten, 10, Arthaberplatz 18: Kinder- und Jugendfilm **Der Schneeballkrieg**. Eintritt 35,-/25,-
18.00, VHS Favoriten, 10, Arthaberplatz 18: **Biogarten, Gärtnern für GenießerInnen**
18.30, IWK, 9, Berggasse 17: **Frauenforschung — Geschlechterrollenforschung.** In der Reihe: Feministische Theorie und Frauenforschung.
19.00, VHS Favoriten, 10, Arthaberplatz 18: Aktuelle Fragen des FreidenkerInnentums **Historische und psychoanalytische Aspekte in der Quellenauswertung von Zaubereiprozeßakten.** Mit Heide Dienst (Historikerin) und Hans Lobner (Psychologe)

TAtblatt

Termine Termine

regelmäßige Termine

Burgenland

Oberwart

Di, 22.12. und Mi 23.12.,

20.00, Offenes Haus Oberwart, Lisztgasse 12, 7400 Oberwart. **Ein leiser Abend über den Krieg** — Jugendliche schreiben, Künstler inszenieren. Eintritt 150,-/130,-/50,- Kartenvorverkauf: Telefon 03352/8555; rechtzeitig reservieren!!!

Do. 31.12

20 Uhr Sylvesterparty im Offenen Haus Oberwart (Lisztg. 12)

Oberösterreich

Wels

Schlachthof, Dragonerstraße 22, 4600 Wels

Mi, 23.12.,

20.00: **Weihnachtsfest mit W**

Oberösterreich

Aidshilfe, Langg. 12, 4020 **Linz**: Öffnungszeiten: Montag 15-18.00, Mittwoch 17-20.00, Donnerstag 10-13.00, Freitag 12-15.00; Tel.: 07 32/21 70.

Homosexuelle Initiative Linz (Postfach 43, 4013 Linz), **Rosa Telefon**: 07 32/78 20 51 jeden Montag 20-22.00 (sonst Tonbanddienst)

Ernst-Kirchweger-Haus (1100, Wielandg. 2-4): jeden Donnerstag ab 20.00: **Rechtshilfedisco**, jeden Freitag ab 19.00: **Antifa-Cafe**, jeden Samstag ab 19.00: **Info- und Spielecafe und Volxküche**

AIDS-Hilfe Wien:
Beratungsstelle: Wickenburgg. 14, 1080. Öffnungszeiten: Di 16-20.00, Do 10-14.00, Fr 14-18.00; Telefonische Beratung: Mo und Mi 10-14.00

Mittwoch, 6.Jänner

10.35, 13.35,....
Ornette's Winterfahrt
Die Österreichische Regionalbahn-Initiative veranstaltet ihre inzwischen 4. Sonderfahrt, diesmal wieder auf der seit 1951 für den Personenverkehr gesperrten ehemaligen Kaltenleutgebener Bahn von Liesing zur Waldmühle. Gefahren wird mit mit dem letzten betriebsfähigen Dieseltriebwagen der Reihe 5144. Die Abfahrtszeiten: Liesing 10.35 und 13.35, Waldmühle 11.22 und 14.22. Wegen des begrenzten Platzangebotes ist Platzreservierung dringend empfohlen. Eine einmalige Hin- und Rückfahrt kostet 85,—, Senis, Studis und Lehrlinge zahlen nur 75,—, Kinder, Schülis und Hundsis 60,—. Für die Kartenausgabe im Zug wird ein Zuschlag von 15,— verrechnet. Am besten den Fahrpreis einfach auf das P.S.K.-Konto 71 073 365 (Empf.: O. Novotny) einzahlen und die gewählten Züge zwecks Platzreservierung dazuschreiben. Auskünfte

ORF-Monopol im Mai vor Europäischem Gerichtshof

Laut offizieller Information aus Straßburg sollen am 25. Mai 1993 die insgesamt 5 österreichischen Beschwerden gegen das ORF-Monopol vom Europäischen Gerichtshof behandelt werden.

Anfang 1992 waren die Beschwerden vor der *Europäischen Kommission für Menschenrechte* verhandelt und an den Gerichtshof weitergeleitet worden. Rechtsanwalt Thomas Höhne, der die Kärntner "Arbeitsgemeinschaft für offenes Radio" (AGORA) vertritt, erwartet, daß eine Verletzung der Meinungsfreiheit festgestellt wird.

Die 4 weiteren Beschwerdeführenden sind: Radio UNO, Radio Melody, Lentia 2000 und — Jörg Haider.

Neues Fernmeldegesetz: Radiopiraterie wird astronomisch teuer

Die Begutachtung des Entwurfs zum Fernmeldegesetz ist abgeschlossen: Verwaltungsübertretungen werden in Zukunft mit max. öS 100.000.- statt wie bisher max. öS 5.000.- bestraft werden.

Schon jetzt ist die Radio-Piraterie eine teure Angelegenheit: Sage und schreibe 21 Sendeanlagen hat die Post bisher allein in Wien beschlagnahmt. Die "Freien Radios" sollen anscheinend noch vor der Zulassung von Privatradios, die ja mehr oder weniger absehbar ist, in den finanziellen Ruin getrieben werden. Die "Pressure Group Freie Radios" verlangt ein möglichst rasches Moratorium zur Nicht-Verfolgung der Piratensender.

Nicht überall, wo "bio-" draufsteht, ...

Weils ja heutzutage schon zum guten Image gehört, ist der Markt wahrhaft überschwemmt von "Öko-" und "Bio"produkten. Aber nicht überall, wo "bio" draufsteht, ist auch etwas Lebensfreundliches drin. Doch — Mocki sei's gedankt (nur für Insider!) — die Umweltberatungen Österreichs waren fleißig:

"Schreiben, klexen, pikken, kneten", eine Broschüre der Umweltberatung Südburgenland (7400 Oberwart, Leharg. 1), bietet einen Überblick über in der Schule zwar häufig verwendete, aber keineswegs ungefährliche Materialien.

Beim **"Bio-Putz"** überschlägt sich der Markt förmlich. Angesichts der Massen von Enten, Störchen, Fröschen und wer weiß, was für Viecher noch, die die Regale der Drogerien und Supermärkte bevölkern, fragst du dich, ob du dich nicht etwa auf der Arche Noah befindest. Die Umweltberatung hat's getestet und für uns übersichtlich zusammengeschrieben: An die 100 Produkte, nach Anwendungsbereichen geordnet, mitsamt Herstelleradressen und Vertriebshinweisen finden sich auf einem handlichen Faltblatt. Einige Tips für umweltverträgliches Reinigen und Rezepte für Putzmittel zum Selbermachen ergänzen die Liste. Und das Ganze noch dazu kostenlos.

Und mit dem Papier, da haben nicht nur so manche Zeitungsherstellende ihre liebe Not. Ist jetzt grau gut und weiß böse? Oder doch umgekehrt? Der Infopack **"Papier"** bietet Grundwissen über Technik, Rohstoffe, Bleiche und Wasserverbrauch. Wir erfahren, daß Umweltschutzpapier und Recyclingpapier keineswegs dasselbe sind und wie wir die Sorten unterscheiden können.

Außerdem noch etwas zum gewerblichen und privaten Umgang mit Papier, zum Papierverbrauch und Sammeln von Altpapier. Damit wir uns nicht mehr von irgendwelchen (Wirtschafts- ?)Wissenschaftlern etwas einreden lassen brauchen ...

All diese wunderbaren Werke gibt's bei den Umweltberatungsstellen, zB bei der Umweltberatung Österreich, Mariahilferstraße 89/22, 1060 Wien. Das "Papier" kostet öS 40.-.

(Übrigens: Wir bekommen nichts bezahlt für die Werbung: wir meinen's tatsächlich ernst!) ●

Nachdem das letzte, ohnehin vollkommen unwichtige Rechtshilfe-Info Nr. 3 den geschätzten LeserInnen vom "TATblatt" in weiser Voraussicht erspart wurde (G'sindel, schlampertes! Der Tipper), hier nun die Doppelnummer zur fehlenden Grundsatzdebatte:

Rechtshilfe-Infos Nr. 3 und Nr.4!

Prozeß gegen Michael F. und Manfred V. (siehe "TATblatt" minus 21), zweiter Teil:

Angeklagt sind beide wegen angeblichen Raubes, mitverhandelt werden aber noch zusätzliche Delikte (bei Michael F. Sachbeschädigung eines Taxispiegels durch Wurf einer Bierflasche, Körperverletzung nach einer Stänkerei an einem Würstelstand), bei Manfred V. versuchter Einbruchsdiebstahl).

Die Verhandlung am 16. 12 endete einmal mehr mit einer Vertagung — der Kläger, der von beiden angeblich ausgeraubt worden war, war auch diesmal nicht erschienen. Zur nächsten Verhandlung (3. Februar um 10.20h im LG I, Saal 13) soll er vorgeführt werden.

Der Tatbestand "Beschädigung eines Taxis" bei Michael F. konnte hingegen geklärt werden. Der diesmal anwesende Taxilenker sagte aus, daß Michael ihm zwar den Weg verstellt, aber keine Bierflasche geworfen habe. Die Anzeige kam übrigens nur zustande, weil der Taxler vor Schreck eine rote Ampel überfahren hatte, von der Polizei aufgehalten worden warund als Erklärung den vorhergehenden Vorfall geschildert hatte.

Die Befragung von Manfred V. zum "Hausboot-Prozeß" (Versuchter Einbruchsdiebstahl) war sehr eigenartig: Wie berichtet, wurde Manfreds Freund Hermann K. (26) nach Betreten eines Hausbootes auf der Donauinsel vom Inhaber erschossen und Manfred mit vorgehaltener Waffe bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten. Der Zeuge Hauer wurde für den "verunglückten Warnschuß", der für Manfreds Freund tödlich endete, zu einer Geldstrafe von 14.000 Schilling verurteilt (O-Ton des Richters: "Damit werden Sie wenigstens keine Probleme am Arbeitsplatz haben.") (Fahrradfahren im trunkenen Zustand kostet 10.000 Schilling. Anm. des Tippers).

Die Hauptfrage beim Prozeß war nicht der Preis eines Menschenlebens, sondern der Umstand, ob der Hund am Hausboot gebellt habe oder nicht.

Mutter, Sohn und Schäferhund befanden sich im Boot, Manfred sagte aus, er wollte für seinen Freund Hilfe holen (Hermann hatte Kreislaufprobleme nach überhöhtem Drogenkonsum), und sei aufs Hausboot gegangen, weil dort ein Hund gebellt habe, und er es deswegen für bewohnt hielt. Mutter und Sohn dagegen behaupteten unisono, der Hund sei jung, krank, belle selten und habe auch nicht gebellt. Nachdem sie bemerkt hätten, daß jemand auf dem Boot sei, hätte der Sohn einen Warnschuß abgegeben, um zu zeigen, daß sie da und bewaffnet seien. Der Schuß traf Hermann in den Hinterkopf, was, so scheint's, auch nicht gleich bemerkt wurde, weil Mutter und Sohn noch überlegten, ob sie zum Schutz der anderen Boote Patrouille gehen sollten, ehe sie Manfred "Nicht schießen!" schreien hörten.

Die Verhandlung wurde vertagt.

Zum Organisatorischen:

Möbelaufruf (Hey Möbel, kommt mal bitte alle her! Anm. des Tippers):

Da sich an unserem Mobiliar seit der Besetzung des Ernst Kirchweger-Hauses nicht viel zum Positiven geändert hat, wird uns bald der letzte Stuhl unterm Arsch weggebrochen sein. Deswegen suchen wir grundgütige SpenderInnen, die folgende Dinge entbehren können:

...Tische;
...Sessel, am besten aus Holz, ohne Überzug, keine Polstermöbel;
...Häferl, Gläser;
...Holz zum Einheizen in rauhen Mengen (nicht furniert, lackiert und keine Preßspanplatten);

Bitte in der Disco vorbeibringen oder unter der "TATblatt"-Telefonnummer 56 80 78, Kennwort: "Versailles" einen Termin zur Abholung ausmachen (wir werden's weiterleiten; Anm. der Red.).

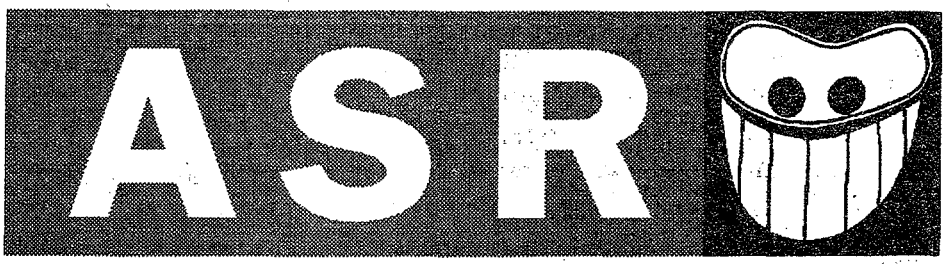
Donnerstag, 24. 12.: stinknormale Rechtshilfe-Disco ("Nur in der RH-Disco schläft Dir gratis das Gesicht ein!" Anm. eines anonymen Häuslbesuchers. Stell Dich, Du Falott!)

Donnerstag, 31. 12.: Große Silvester-Rechtshilfe-Party: Bringt Instrumente mit und verkleidet Euch. Großer Talente-Wettbewerb. Eintritt — Spenden.

Donnerstag, 7.1.: kostenlose Rechtsanwalts-Beratung●

Das Wiener "Autonome Stadtradio" ab sofort wieder aktiv: Sendestörung

Nach langer langer Pause schaltet sich nun auch das "Autonome Stadtradio" (ASR) wieder in das laufende Radioprogramm ein. Im Gegensatz zu anderen PiratInnensendern, die sich in das Ghetto der wohlgehüteten eigenen Sendefrequenzen zurückziehen, sendet das ASR auf jenen Frequenzen, die von den Menschen tageintagaus ohnehin konsumiert werden. Beispielsweise auf der Frequenz von Ö3.



(ASR-Pressestelle)

Das Prinzip des Autonomen Stadtradios liegt im "Überlagern" des laufenden ORF-Programms. In einem gewissen Umkreis von einigen hundert Metern rund um einen mobilen PiratInnensender ist dann anstelle des ORF die autonome Sendestörung zu empfangen. Wie weit das ASR zu empfangen ist, hängt mit der Feldstärke zusammen, die mit dem Abstand vom Sender abnimmt. Dort, wo die Feldstärke des Autonomen Senders größer ist, als jene des ORF-Senders, kann nur ASR empfangen werden, im umgekehrten Fall nur der ORF. Da der ORF-Sender Kahlenberg etwas größer und damit auch stärker ist als der mobile ASR-Sender, werden pro autonomer Sendestörung nur eine begrenzte Zahl an EmpfängerInnen erreicht, diese dafür aber umso unerwarteter.

Denn wieviele Leute suchen schon freiwillig allabendlich nach den PiratInnensendern auf 103,3 MHz, nur, um dann genauso wie auf Ö3 belangloser Musikberieselung ausgesetzt zu sein? Politische Sendungen dürften aus dem 103,3-Programm, von einigen wenigen löblichen Ausnahmen abgesehen, weitgehend verbannt sein. Mit einer einzigen lokal begrenzten Sendestörung des ASR können vermutlich mehr Menschen erreicht werden, als mit einer täglichen wienweit empfangbaren PiratInnensendung auf 103,3. Außerdem will das ASR ja gerade diejenigen Leute erreichen, die sonst nie auf die Idee kämen, PiratInnenradio zu hören oder linke oder alternative Zeitungen, beispielsweise das TATblatt, zu lesen. Außerdem kann durch fleißiges Herumfahren die schwache Sendeleistung zu einem gewissen Grad ausgeglichen werden.

Freilich wollen wir aber auch nicht vollkommen rücksichtslos überlagern, schließlich machen sich die KollegInnen vom ORF ja auch große Mühe mit ihrem Programm und ihrem Erscheinungsbild. Als Zeichen der gegenseitigen Achtung und Rücksichtnahme haben wir uns beispielsweise bereitwillig bemüht, das ASR-Logo möglichst gefühlvoll und nahtlos in die neue ORF-Design-Linie des Kollegen Neville Brody einzufügen, um das einheitliche Erscheinungsbild der Radiofrequenzen zu wahren.

Wir hoffen unsererseits auf die gleiche Rücksichtnahme, falls es eines bösen Tages zu Uneinigkeiten über die Rechtmäßigkeit unseres Handelns kommen sollte. Schließlich haben wir gehört, daß die Höchststrafe für Vergehen nach dem Fernmeldegesetz auf bescheidene zweitausend Prozent von 5 000 auf 100 000 Schilling erhöht werden soll.

Auf Wiederhören!

ASR-Nachlese

Die aktuelle Sendestörung im Wortlaut

(Erstausstrahlung am 11. Dezember; Wiederholungen in unregelmäßigen Abständen)

MODERATOR:
Guten Tag! Wir bringen eine Sendestörung des Autonomen Stadtradios! Heute zum Thema....

STUDIOGAST (ein "echter" Wiener):
Die Ausländer san schuld an dem alln...

INTERVIEWERIN:
Woran... sind sie schuld?
Na, daß ka Göd gibt, für nix,... Nemman uns ja alls weg. Leben auf unsere Kosten. Hackeln nix — aber fest Arbeitslose kassieren! San ja alle arbeitsscheue...
Aber die meisten Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft,...
(unterbrechend) die Ausländer...
...haben gar keinen Anspruch auf Sozialleistungen wie Arbeitslosenunterstützung. Im Gegenteil! Sie müssen ohne jede Gegenleistung die Beiträge einzahlen. Im Jahr zahlen die sogenannten Ausländer und Ausländerinnen um 700 Millionen Schilling mehr in die Arbeitslosenversicherung ein, als sie herausbekommen.
Ja, ja, dafür nemmans uns aber auch die ganzen Arbeitsplätze weg, die Ausl...
Ich dachte, sie meinten, die Ausländerinnen und Ausländer wären alle arbeitsscheu?
Ja, ja, aber schwarzarbeiten, die hakkeln ja alle schwarz, die Ausländer! Schwarzarbeiter!!!
...weil sie sich sonst nichts zu essen leisten könnten. Die meisten Einwanderer und Einwandererinnen haben nicht die geringste Chance auf eine Arbeitsgenehmigung. Die würden liebend gerne eine reguläre Arbeit annehmen, bloß: sie dürfen nicht!
Sind an der Arbeitslosigkeit nicht vielmehr die österreichischen Arbeitgeber schuld, die aus purem Gewinnstreben reguläre Arbeitsplätze durch Schwarzarbeit ersetzen wollen, und rücksichtslos Arbeitsplätze wegrationalisieren?
Ja, ja, aber nemmans her die Wohnungen, man kriegt ja nirgends mehr a Wohnung, überall hausen die Ausländer, zu zwanzigst in an Zimmer, da kunnt an ja....
Aber an der Wohnungsmisere sind doch die Hausbesitzer — übrigens fast durchwegs Österreicher — schuld, die tausende Wohnungen zu Spekulationszwecken leerstehenlassen, und damit den Wohnraummangel und das hohe Mietenniveau erzwingen. Warum sollte dies die Schuld gerade jener Leute sein, die als Folge der Willkür dieser Spekulanten in die feuchtesten und verfallensten Wohnungen gepfercht werden, für die sie dann solche Wucherzinse zahlen müssen, die sie sich nurmehr leisten können, wenn sich etwa drei oder mehr Familien eine, na sagen wir 30 Quadratmeterwohnung teilen, ohne Bad und ohne WC versteht sich.
Ge, hörns doch auf! Sie san doch auch so ein Inländerfeind, so ein jüdischer, kryptokommunistischer Tschuschenbangert, so wie...
Wir danken für das Gespräch, Herr....
...Pospischil

Schluß mit der rassistischen Hetze! Werdet aktiv! Leistet Widerstand! Gegen den Terror durch Nazibanden und Skinheads ebenso, wie gegen die rassistische Propaganda der FPÖ oder gegen die rassistische Gesetzgebung von SPÖ und ÖVP und gegen den alltäglichen Rassismus auf der Straße, in der Bim und am Arbeitsplatz!
Es gibt keine Ausländer oder Ausländerinnen! Es gibt nur Menschen!

Wir brachten eine Sendestörung des Autonomen Stadtradios.

Wir danken der Wandzeitung QUERFORMAT im letzten TATblatt für die freundliche Inspiration zu dieser Sendestörung

"Aufruf"-Prozeß:

Erste Antimilitaristin verurteilt

An die 600 Personen haben bisher in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften öffentlich die Einstellung aller Verfahren gegen Wehrdienst- und Totalverweigerer gefordert. Eine von ihnen stand im Zuge dieser Aktion vergangenen Dienstag, 15. Dezember, selbst vor dem Richter. Und wurde zu 3 Monaten (bedingt auf 3 Jahre) verurteilt.

(TATblatt-Wien)

Renate wurde vorgeworfen, verantwortlich für die Veröffentlichung eines Aufrufes zum Ungehorsam gegenüber den Militärgesetzen in der Wochenzeitung *akin* (aktuelle informationen) zu sein.

Bei dem inkriminierten Machwerk handelt es sich um eine Unterschriftenliste zu jenem Aufruf, der erstmals im Herbst 1991, von 245 Personen unterzeichnet, in der AZ veröffentlicht wurde. Sinngemäß beinhaltet er eine Absage an Militär und Gewalt als Konfliktlösungsmittel, daraus folgernd Forderungen nach Abschaffung des Bundesheeres, Einstellung aller Verfahren gegen Wehrdienst- und Totalverweigerer, Streichung der betreffenden Strafbestimmungen und — sozusagen als zwischenzeitliche individuelle Lösung bis zur Erfüllung der Forderungen — die Aufforderung, Militärgesetze nicht zu befolgen. Im vergangenen Oktober wurde ein zweiter Aufruf gleichen Inhaltes, von 325 weiteren Personen unterzeichnet, veröffentlicht.

Aber nicht 600, auch nicht 60, oder zumindest 6 Personen standen vor dem Richter, sondern eine alleine.

Das hohe Gericht war auch eifrig bemüht, nicht allzu viele Personen an dem Spektakel teilnehmen zu lassen. Nachdem bereits beim ersten Prozeßtermin (der dann verschoben wurde) an die 70 Menschen erschienen waren, um sich anzuhören, was Staat und Gericht zur Ablehnung von Militär und Gewalt zu sagen haben, sollte diesmal dem offensichtlich menschenscheuen Richter Maurer die Konfrontation mit den Massen von vornherein erspart bleiben:

Der Prozeßtermin wurde kurzfristig bekanntgegeben (1 Woche vor Stattfinden), ein winzigster Verhandlungssaal in einem eigentlich aufgelassenen Gerichtsgebäude ausgewählt. Von den vorhandenen ca 20 Sitzplätzen waren 10 ausschließlich für die Presse reserviert, 9 (in Worten: neun!) Plätze durften — nach vorherigem Identitätsnachweis und Leibesvisitation — von sonstigen Zuhörenden besetzt werden. Rund 60 weitere Interessierte, die trotz der relativ frühen Morgenstunde und dem kurzen Informationszeitraum gekommen waren, mußten auf der Straße warten. Eine Polizeisperre hinderte sie am Betreten selbst des Ganges des Gerichtsgebäudes.

Drinnen ging es so her, wie die äußere Form es ankündigte.

Anwalt Prader setzte sich in seinem Einführungsstatement mit der politischen Dimension der Sache auseinander. Er verwies auf die Aktualität hinsichtlich des Krieges in unserer Nachbarschaft, bezog sich auf die Abwicklung des Prozesses selbst, die darauf abzuzielen schien, die Öffentlichkeit auszuschließen und stellte fest, daß aus der ganzen Menge der nach dem Gesetz straffällig Gewordenen nicht eine Person des öffentlichen Lebens, sondern eine "Namenlose" ausgewählt worden war. Schließlich verlangte er die Einstellung des Verfahrens oder aber zumindest eine Zusammenlegung mit den bereits eingeleiteten oder noch einzuleitenden Verfahren gegen alle UnterzeichnerInnen.

Als Renate ihre vom Untersuchungsrichter protokollierte Aussage, wonach sie für die Veröffentlichung der Unterschriftenliste in der *akin* verantwortlich sei, widerrief und meinte, es nicht so gesagt zu haben, drohte Richter Maurer mehr oder weniger (nicht wörtlich) mit einer Verleumdungsklage.

Prader beantragte zum Beweis, daß Renate nicht die Verantwortliche sei, die Vernehmung des gesamten *akin*-Kollektivs, das zur Zeit aus etwa 50 Leuten besteht, die sich bereits dazu bekannt haben, an der Entscheidung mitgewirkt zu haben. Richter Maurer schmetterte den Antrag mit der Argumentation ab, daß Renates Verantwortlichkeit keinerlei Überprüfung bedürfe, da sie sowieso schon durch ihr Geständnis vor dem Untersuchungsrichter erwiesen sei. Zusätzlich fuhr er den Anwalt noch an, warum er erst jetzt mit den Beweisen rausrücke.

Prader in seinem Plädoyer: "Es passiert mir zum ersten Mal, daß ich von einem Richter gerügt werde, weil ich in einer Hauptverhandlung, in der diese Möglichkeit ja vorgesehen und üblich ist, einen Beweisantrag einbringe." Außerdem fragte er sich laut, wozu eine Hauptverhandlung noch gut sei, wenn sich der Richter in seiner Urteilsbildung ohnehin ausschließlich auf das Vorverfahren beziehe. Der Form halber verlangte er dennoch Freispruch.

Während der Staatsanwalt in seinem Schlußplädoyer Renate noch ihre achtenswerte Motivation zugute hielt, konnte der Richter außer Unbescholtenheit keinen Milderungsgrund finden. Sein Urteil: 3 Monate, bedingt auf 3 Jahre, nach den §§181 u. 182 StGB.

Renate und ihr Anwalt legten Berufung ein.

Nach dem Prozeß kam es zu einer Spontandemo von der Florianigasse in die Wipplingerstraße, die effektvoll damit endete, daß ein Polizeiauto mitten auf der Fahrbahn einer Einbahn gegen die Fahrtrichtung stehend zurückblieb, nachdem alle Demonstrierenden, die es zuvor vor den entgegenkommenden Geisterfahrern beschützt hatten, plötzlich auf die Gehsteige diffundiert waren. ●

Das Projekt

Solisteuer....

Wir suchen weiterhin und ganz, ganz dringend Menschen, die sich selbst besteuern.

...und so funktionierts:

Als Untergrenze der Solidaritätssteuer haben wir uns 50.-öS/Monat vorgestellt. Diesen Betrag könnt ihr nach Belieben erhöhen/vervielfachen.

Die Solisteuer überweist ihr uns dann einfach per Dauerauftrag auf unser Konto:
P.S.K. 7547.212
Empfängerin: Uabhängige Initiative Informationsvielfalt

Dann schickt ihr uns eine Postkarte mit eurem Namen + Adresse, damit wir euch das TATblatt auch zusenden können.

Bitte vergeßt nicht auf diese Postkarte, denn auf dem Dauerauftrag steht nicht eure Adresse !!!

Helft mit, damit die Nachrichten aus dem Widerstand auch wirklich an die Öffentlichkeit gelangen!!!

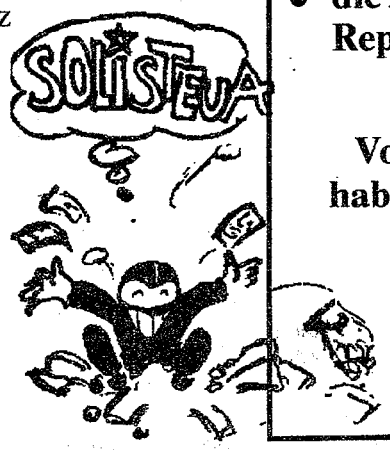
Neueste Infos zur Solisteuer:

Alles in allem **benötigen wir rund 9000.-öS im Monat an Solisteuer** um die gesamte Infrastruktur am Leben zu erhalten.

Zur Zeit erhalten wir rund 5.000.-öS im Monat an Solidaritätssteuer.

Ganz, ganz vielen Dank an alle Solisteuerzah-l erInnen!

Es fehlen momentan also noch rund 4000-öS/Monat.



Neue Adresse ... Neue Adresse

TATblatt macht noch mehr Druck!!!

in der neuen
TATblatt Druckerei
Zieglergasse 14/III/14
1070 Wien

Tel.: (0222) 93 90 38

Öffnungszeiten:
Mo. - Do.: 10 - 17 Uhr
Fr.: 10 - 14 Uhr

Seit 9.11. 92 können wir fast alles unter unserer neuen Adresse anbieten:

Satz, Repro, Offset-Druck aller Formate bis A1, kostengünstigen Digitaldruck bis A3 und Endverarbeitung.

TATblatt Druckerei:

- **die Offsetdruckerei**
- **die Alternative zum Copy - shop**
- **die Adresse für Satz und Repro**

Von 23.12 .- 11.1.'93 haben wir geschlossen!

In der Nacht vom 4. auf den 5. Dezember verabschiedete der Nationalrat mit den Stimmen der beiden Regierungsparteien das neue "Bundesbahngesetz". Demnach sollen die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) ab 1. Jänner 1993 nicht mehr als unselbständiger Wirtschaftskörper des Bundes sondern als Kapitalgesellschaft nach streng kaufmännischen Gesichtspunkten geführt werden. Dies bedeutet einerseits mehr Selbständigkeit sowie — durch die Trennung in die Bereiche "Infrastruktur" und "Erbringung von Verkehrsleistungen" in organisatorischer wie rechnungsführerischer Hinsicht — einen kleinen Schritt in Richtung zur vielgeforderten Kostenwahrheit zwischen Schienen- und Straßenverkehr. Andererseits beschert das Gesetz aber zahlreiche bedenkliche Auswirkungen auf die dienstrechtliche Situation der EisenbahnerInnen, auch wenn Gewerkschaft und Personalvertretung dies beharrlich abstreiten.

Auf dem Rücken der EisenbahnerInnen:

Neues Bundesbahngesetz auf dem falschen Gleis

(TATblatt-Wien; Quellen: offene Briefe der "Juristen der Bundesbahndirektion Wien" und der "Juristen des Rechtsdienstes der Bundesbahndirektion Villach")

Im Gegensatz zu Gewerkschaft und Personalvertretung, die das neue Bundesbahngesetz in höchsten Tönen loben, sehen es JuristInnen der Rechtsdienste der Bundesbahndirektionen Villach und Wien in zwei Briefen an die Gewerkschaft, den Obmann des Zentralausschusses der Personalvertretung der ÖBB, Franz Hums, und die Arbeiterkammer schon kritischer. Sie ersuchten die Angeschriebenen noch rechtzeitig vor der Beschlußfassung im Nationalrat, den vorgebrachten Kritikpunkten Rechnung zu tragen. Freilich ergebnislos.

Die JuristInnen kritisieren, daß durch das neue Bundesbahngesetz der in den Dienstverträgen der BundesbahnbeamtInnen genannte Dienstgeber "Republik Österreich" durch einen Dienstgeber "ÖBB-Gesellschaft" ersetzt wird, ohne die anderen VertragspartnerInnen, also die BundesbahnbeamtInnen, darüber zu befragen.

Die BundesbahnbeamtInnen stellen neben Lohnbediensteten und Vertragsbediensteten die größte Gruppe unter den rund 65 000 EisenbahnerInnen dar. Ihr Dienstverhältnis ist, wie jenes der anderen beiden Gruppen, ein privatrechtliches. Das Besondere ihrer Dienstverträge ist jedoch die — einer Pragmatisierung öffentlichrechtlicher Bediensteter ähnliche — Definitivstellung, sprich: die Unkündbarkeit.

Die vom Dienstgeber "Republik Österreich" gewährleistete Unkündbarkeit entspricht nun aber ganz und gar nicht der von einer ÖBB-Gesellschaft vertraglich zugesicherten Unkündbarkeit. Denn gemäß dem laut Bundesbahngesetz Anwendung findenden GmbH-Recht besteht zweifellos die rechtliche Möglichkeit, daß sich die Gesellschaft auflösen oder in Liquidation treten kann, beziehungsweise in Konkurs gehen muß.

Beispielsweise im Konkursfall sieht die Konkursordnung für den Masseverwalter nur vor, "auf *gesetzliche* Kündigungsbeschränkungen Bedacht zu nehmen" (§25KO). Da der Dienstvertrag des oder der BundesbahnbeamtIn ein privatrechtlicher ist, ist die Kündigungsbeschränkung jedoch bloß eine vertragliche und keine gesetzliche.

Trotzdem sind die BundesbahnbeamtInnen aufgrund der dienstvertraglich festgeschriebenen Unkündbarkeit gemäß §1(2)c Arbeitslosenversicherungsgesetz von der Arbeitslosenversicherungspflicht ausdrücklich ausgenommen.

Das bedeutet, daß Bundesbahnbedienstete de facto zwar nun doch gekündigt werden können, in einem solchen Fall aber ohne jegliche Arbeitslosenversicherung dastehen.

Nun wird dieser Argumentation etwa seitens der Gewerkschaft entgegengehalten, daß dies alles nur theoretische Gedankenspielerei sei, die jedoch ohne Belang ist, da die Republik Österreich ja Alleineigentümerin der ÖBB-Gesellschaft bleibt. Doch: "Die Wirtschaftslage und die Vermögensverhältnisse der ÖBB-Gesellschaft können sich jederzeit ändern, der Bund kann seine Geschäftsanteile jederzeit veräußern, und auch die politischen Verhältnisse sind jederzeit wandelbar", so die Villacher JuristInnen. Außerdem ist es, schreiben ihre Wiener KollegInnen "gemäß den Bestimmungen des Gesellschaftsrechtes naturgemäß möglich (...), Tochtergesellschaften zu bilden und diese sowie die Muttergesellschaft auch wieder aufzulösen. Damit ist es auch möglich, einzelne Bedienstetengruppen auszugliedern und in der Folge diese Bediensteten freizusetzen. Dies hätte zur Konsequenz, daß die sogenannten 'alten' Bediensteten, von denen gar nicht so wenige anläßlich des Bahneintritts eine schlechtere Bezahlung für die Einräumung der 'Pragmatisierung' in Kauf genommen haben, möglicherweise auf der Straße stehen und allenfalls sogar ohne Arbeitslosenversicherung schlechter gestellt sind als alle übrigen Arbeitnehmer in Österreich."

Und tatsächlich sind während der Verhandlungen über das neue Bundesbahngesetz nicht selten so manche Gedanken über die kurz- bis mittelfristige Privatisierung von z.B. ÖBB-Werkstätten oder von Nebenbahnen laut gedacht worden.

Nach der Beschlußfassung durch den Nationalrat sehen die JuristInnen als einzige Lösung unter dem Blickwinkel der Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes einen Individualantrag auf Normenkontrolle beim Verfassungsgerichtshof zu stellen. Wer diesen Antrag namens der BundesbahnbeamtInnen einbringen soll, ist aber unklar, stehen doch Gewerkschaft und Personalvertretung diesem Ansinnen mehr als distanziert gegenüber. Die Arbeiterkammer hat noch nichts von sich hören lassen.

In einigen Dienststellen wurde, ungeachtet der möglicherweise schwerwiegenden Folgen einer gegen den Willen der Gewerkschaft durchgeführten Aktion, begonnen, Unterschriften unter die Briefe der JuristInnen zu sammeln.

Nunja, die schönsten EisenbahnerInnenstreiks (z.B. in Frankreich vor 5 Jahren) haben abseits der bürokratisierten Gewerkschaftsstrukturen ihren Ausgang genommen....

Als Vorgriff auf eine im kommenden Oktober in Kraft tretende "Verpackungsverordnung" (darüber aber im nächsten TATblatt), präsentieren wir ein ähnliches Modell aus der BRD. Mit grünen Punkten werden die KonsumentInnen übers Ohr gehauen.....

Grüne Punkte.... ÜBERALL!!!

Wegwerf-Umweltsch(m)utz in der BRD

"Zuerst kommt der Abfall von Gott" (2.Thessaloniker 2;3).

(TATblatt Wien)

Es könnte Ihnen schon aufgefallen sein: Immer öfter tauchen auf Produktverpackungen aus der BRD eingeschleppte, winzige grüne Punkte auf. Vor allem in den letzten Monaten ist eine geradezu beängstigende Ausbreitung dieser Seuche mit ihren grünen Punkten zu bemerken. Was hat das zu bedeuten? Ist das gefährlich? Sind wir alle betroffen? Namhafte ExpertInnen meinen: Ja! Ja! Ja!

In weniger als zwei Wochen wird die BRD umweltfreundlich-grün sein! Ab 1.Jänner 1993 nämlich wird auf Getränkeverpackungen von Gesetzes wegen Pfand eingehoben; Verpakkungsverordnung sei Dank...

Und ab 1.Jänner 1993 müssen Handelsbetriebe (Verpackungsverordnung sei Dank!) alle Produktverpackungen zurücknehmen und einer Wiederverwertung zuführen. Auf diese Art und Weise seien HerstellerInnen und Handel gezwungen, auf Mehrwegpackungen umzusteigen bzw. die Flut der Verpackungsmaterialien einzudämmen (sagt der Minister). Eine gute Verordnung.... (sagt die/der umweltbewußte KonsumentIn).

Müll-Mutationen

Der erzieherische Wert der Sache darf auch nicht außer Acht gelassen werden: Müll ist in Zukunft nicht mehr nur Müll — weit gefehlt. Wertstoffe, gewonnen aus altem Papier, Metall, Kunststoffen und ähnlichem sind es, die die KonsumentInnen in ihren Händen halten. Ein Umdenken setzt ein auf der ganzen Linie: Industrie und KonsumentInnen, gemeinsam für die Umwelt.

Soweit die Propaganda.....

Den zum "Wertstoff" mutierten Mist müssen die HändlerInnen nicht zurücknehmen. Denn "Wertstoffe" sind schließlich kein Mist nicht: Sie sollen doch gesammelt werden.

Kann nun der/die VerkäuferIn eines Verpackungsstoffes nachweisen, daß ihr/sein Produkt flächendeckend gesammelt und wiederverwertet wird, so entfällt die Rücknahmepflicht des Handels. Im Falle von Glas oder Papier — wie gesagt — kein Problem. Beides wird ja kommunal gesammelt.

Aber wie verhält es sich mit Joghurtbechern, Plastik, Getränkedosen oder Schokoladepapier? Werden die bundesdeutschen HändlerInnen ab 1.Jänner 1993 im eigenen Mist ersticken? Die Antwort heißt — selbstverständlich — nein! Die deutsche Industrie hat sich etwas einfallen lassen. Nämlich...

...das Dualsystem

Schon allein der Name ist eine Irreführung. Am Dualsystem ist nämlich rein garnichts zweifach (dual; was auch immer das heißen sollte). Besser zu übersetzen wäre der Name mit "Zweitsystem".

Ein Zweitsystem; genau das ist es, was die "Duale Systeme Deutschland" (DSD) zur Rettung des deutschen Handels und der deutschen Verpackungsindustrie errichten will: Ein vom "normalen" kommunalen Müllsammlungssystem getrenntes....

Die DSD verkauft an alle, die sie haben wollen, "Patente", die zur Anbringung des "grünen Punktes" an der Produktverpackung berechtigen. Im Gegenzug verpflichtet sich die DSD, das solcherart markierte Material zu sammeln und "wieder zu verwerten". Die Sammelkosten bezahlen die HerstellerInnen mit dem Kauf des "Patents"; und holen sich's schließlich von den KäuferInnen des Verpackungsinhalts zurück (In Form von Aufpreisen zwischen 15 Groschen und 5 Schilling).

Gesammelt werden nur "einheitliche Wertstoffe", also nur Verpackungsstoffe, die ausschließlich aus einem einzigen Material bestehen. "Besser als nichts", mögen mache denken: "da fällt doch einiges aus dem (Sammel-)Rahmen. Schon ein Joghurtbecher aus Kunststoff und Alu ist nicht EINheitlich".

Hm,hm...: Gesammelt werden die Becher UND das Alu; Joghurt gibts grün bepunktet. KonsumentenschützerInnen haben bereits grünbepunktete Verpackungen entdeckt, die aus bis zu SIEBEN verschiedenen Materialien bestehen! Die Arbeit des Trennens der "Wertstoffe" obliegt selbstverständlich den KonsumentInnen.

Wer "verwertet" wohin?

BesitzerInnen der DSD sind an die 400 GesellschafterInnen aus den Bereichen Handel, Konsumgüterindustrie, Verpackungswirtschaft und VormaterialherstellerInnen. Mit ihren Geldern wurden "Tochterfirmen" gegründet, die sich auf die "Verwertung" spezieller anfallender Stoffe zu konzentrieren haben. Was genau sie aber mit dem Dreck machen, kümmert niemanden!

Bislang wurden z.B. noch keine brauchbaren Wiederverwertungs-Möglichkeiten für Kunststoffe entwickelt (Österreichische Joghurtbecher werden nicht etwa wieder Joghurtbecher, sondern minderwertige Setzblumentöpfe, die nach einmaligem Gebrauch weggeworfen werden müssen). Es liegt also auf der Hand, daß der Mist aus der DSD-Sammlung wieder den Müllberg erhöhen wird. Vielleicht nicht zur Gänze in der BRD, aber in Frankreich und reichlichst Ländern aus der sog. "3.Welt" warten noch ganze Landstriche darauf, mit Euro-Müll bedeckt zu werden. Irgendeiner Auskunftspflicht bezüglich der Form der Wiederverwertung der gesammelten Stoffe unterliegt die DSD nicht.

Zur Verdeutlichung ein Zitat eines österreichischen Müllmanagers (ArgeV): "Schließlich ist die thermische Verwertung eines Materials auch ein Form der Wiederverwertung." Wissenschaftlich einwandfrei: Hier kommt der Energie-Erhaltungssatz zur Anwendung. Rein unwissenschaftlich betrachtet scheint es aber nicht unerheblich zu sein, ob die Energie in Form eines Blatts Altpapier oder als CO_2 in der Luft erhalten bleibt. Denn für den Einsatz in Verbrennungsanlagen mit Ankoppelung ans Fernwärmenetz sind die meisten Mistbestandteile (Plastikflaschen, Getränkekartons,...) zu wenig "energie-ergiebig". Das Schlagwort "thermische Verwertung" beschreibt also nichts anderes als die althergebrachte Müllverbrennung!

Marktmechanismus "grüner Punkt"

Den "grünen Punkt" bekommen, das liegt wohl auf der Hand, nur solche Produkte, deren Verpackungen nicht in ein Pfandsystem integriert sind — also nur Produkte in Einwegverpackungen. Nun ist es aber gerade der "grüne Punkt", der die Handelstreibenden von lästiger und kostenintensiver Mehrarbeit entlastet. Ein Material mit grünem Punkt muß nicht zurückgenommen, nicht sortiert, nicht verpackt und nicht verschickt oder verladen werden. Der Ball geht an die KonsumentInnen.....

Folge dieses Ballwechsels ist verstärktes HändlerInnen-Interesse an Produkten mit "grünem Punkt": Also an Einwegverpackungen!

WarenproduzentInnen, deren Produkt nach dem 1.Jänner noch in punktloser Hülle vorgefunden werden, drohen also aus dem Regal gedrängt zu werden. Nur welche bepunktet sind, dürfen sich Hoffnung auf AbnehmerInnen aus dem Kreise der großen Handelsketten machen.

Kurz gesagt: Die Verpackungs-Verordnung der BRD verschafft den HerstellerInnen von Einweg-Verpackungen gute Chancen, sich am Markt zu behaupten.

Pfandflaschen sind out...., es lebe der Umweltschutz!

Next time, same station: Eine Verpackungs-Verordnung gibts auch in Österreich. Wir schreien Juchuuuuu! (TATblatt minus 17; 11.1.1993)

Passend dazu das Inserat: (bezahlte Anzeige)

Chlorfrei gebleicht

Die Papierindustrie ist auf eine ihrer Sünden gestoßen, die sie natürlich nie begangen hat: Die Chlorbleiche. Nun wird mit viel Tamtam chlorfrei gebleichtes Papier zum "neuen Umweltschutzpapier" hochgejubelt.

Wir stellen ohne Tamtam fest, daß in einer ökologischen Gesamtbilanz Recyclingpapier aus 100% Altpapier nach wie vor um Längen voraus ist.

papierTIGER

Das andere Papier. papierTIGER GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr.40. Tel. 5233071. Fax. 523307122.

Die Welt der ComiX

Für die meisten Menschen in unseren Breiten gelten Comix immer noch als Vorschul- bzw. bestenfalls pubertär Ersatz für "wahre" Literatur. Wie es mit Vorurteilen halt so ist, werden selbige erst möglich, weil die mit Vorurteilen Behafteten vom Gegenstand ihrer Vorurteile keine Ahnung haben. Doch diesem Zustand kann u. a. mit einem Besuch der Ausstellung "COMIC-WELTEN" abgeholfen werden.

(TATblatt-Wien)

Auf der Suche nach den Anfängen der Comix oder Bildgeschichten geht die Ausstellung zurück bis zu den Höhlenmalereien und ägyptischen Hieroglyphen. "Wann genau Mensch auf die Idee kam, einzelne Bilder zu fortlaufenden Geschichten zu verbinden, läßt sich schwer sagen. Jedenfalls gibt es Beispiele für Bildgeschichten aus allen Epochen: Teppich von Bayeux, Trajansäule usw. Zu den direkten Vorläufern des Medium ComiX zählen die Autoren der Ausstellung, den STRUWELPETER (1845) und die Werke von Wilhelm Busch.

"In den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts kämpften in den USA die Zeitungszaren W. R. Hearst und R. Pulitzer um die Gunst der LeserInnen. Ein Hauptelement dabei waren farbige Witzbilder." "Als es 1896 erstmals gelang die Problemfarbe Gelb zu drucken, wurde R.F. OUTCAULT beauftragt eine neue Figur zu erfinden, die hauptsächlich gelb sein sollte. So entstand der Urvater aller ComiX Strips: THE YELLOW KID!" Von diesem Tag an ging es Schlag auf Schlag. Eine Figur nach der anderen entstand — vorerst allerdings nur in Ami-Land, während in Europa fast ausschließlich Lizenzprodukte aus den USA zu sehen waren. Doch — Mensch höre und Staune — der erste europäische Tagesstrip entstand in der Zwischenkriegszeit in Österreich. "TOBIAS SEICHERL" erschien ab Oktober 1930 in der sozialistischen Boulevardzeitung "DAS KLEINE BLATT". "Das Kleine Blatt wies Spechblasen und Soundworte auf, war ein aktueller Politstrip und außerdem noch auf Wienerisch. Die Hauptfiguren der Serie waren der Herr Tobias Seicherl, ein bourgeoiser Kleinbürger und Inbegriff des Möchtegern-Kapitalisten. Seicherls Begleiter war sein Hund "STRUPP", der die Funktion der Stimme der Vernunft innehatte und meist zynische Kommentare abgab, wenn sein Herrl mit seinen rechtslastigen Ansichten und Aktionen wieder einmal baden ging.

TARZAN von Hal Foster und BUCK ROGERS (beide 1929) waren die ersten realistisch gezeichneten Abenteuer-Strips. Apropos: ComiX kann Mensch auch nach Zeichenstil unterscheiden, in realistisch gezeichnete, in "Funnies" d.h. diese Bilder sind funny gezeichnet unabhängig von ihrem Inhalt (z.B.: ASTERIX) außerdem gibt's noch Semi-Funnies — eine Mischung beider Stilelemente. 1928 gelang einem gewissen W. Disney der Durchbruch mit der mittlerweile berühmtesten Maus der Welt. Zu einer Zeit als sich der nächste große Krieg bereits abzeichnete, debüttierten die Superhelden SUPERMAN (1938) und ein Jahr später BATMAN (ein Beitrag zur Vermummungsdiskussion : "Verbrecher [ob er damit Faschos u. Bullen meint?] sind ein abergläubisches, feiges Pack und deswegen muß ich eine Verkleidung tragen, die sie zu Tode erschreckt. Ich muß eine Kreatur der Nacht werden... wie eine Fledermaus." Zit: Bruce Wayne). Was "Superhelden" von "gewöhnlichen" Helden unterscheidet, sind Kostüm, Superkräfte und Geheimidentität.

ComiX und ZENSUR

Als nach dem Krieg die US-Propaganda die Superhelden, die gegen Nazis und Japaner kämpften, nicht mehr brauchten. galten diese "Helden" plötzlich als unamerikanisch und deren Autoren als "kommunismusverdächtig." Der McCarthy-Ausschuß nahm sich der Comic-Zeichner und Autoren an, so wie aller anderen Intellektuellen und Künstler an. Unter dem Vorwand, der Brutalität und sexuellen Enthemmung Einhalt zu gebieten, wurde verboten, zensiert und verbrannt. "Im Laufe der 50er-Jahre kam es zu einer internationalen Jagd auf das Medium ComiX." Protagonist der Anti ComiX-Hetze in den USA war Dr. Fredric Wertham, der 1948 ein Buch unter dem Titel "Seduction of the Innocent" (Verführung der Unschuldigen) veröffentlichte. "Wertham, Vorstand der Lafarque Klinik (NY) vertrat darin die Ansicht, daß sämtliche Probleme mit der Jugend, wie zunehmende Gewalt und Ungehorsam sowie sämtliche psychische Erkrankungen nur eine einzige Ursache hätten: das Lesen von ComiX! Die ersten "Untersuchungen" über das Verhältnis zwischen Leseschwäche bei Kindern aus den Slums und dem Konsum von ComiX wurde gesponsert und im damaligen Einflußbereich der CIA über die USIS verbreitet. Die US-ComiX-Industrie reagierte auf diese Hetze und zensurierte — in vorauseilendem Gehorsam — ihre Produkte selbst. Diese Situation verhinderte die Entwicklung des Mediums in den USA für die näxten 10-15 Jahre.

Während auf der einen Seite die ComiX von sogenannten Pädagogen verteufelt werden, bedienen sich ebenjene ihrer recht gerne, wenn sie damit ihre Inhalte an den Mann bzw Frau bringen können. Gerade im schulischen Bereich gibt es unzählige Beispiele dafür (z. B. beim Erlernen von Fremdsprachen, oder in den USA, wo der Analphabetismus ein großes Problem darstellt, werden ComiX bevorzugt als Leseeinstieg angeboten). Ein besonders bemerkenswertes Beispiel der letzten Zeit ist die Initiative des Schweizer Unterrichtsministeriums, das unter dem Titel "JO" einen ComiX Band zum Thema AIDS in Auftrag gegeben hat — inhaltlich total vertrottelt.

Selbstverständlich kann diese Rezension nicht die gesamte Geschichte der ComiX ausführen, viele Bereiche wurden nicht einmal angeschnitten — doch dafür gibt's ja die Ausstellung, die noch bis 10. Jänner in der Stadthalle läuft (genau das Richtige für grauslich graue Winter(Ferien)tage). Der Katalog "COMIC WELTEN" ist übrigens ein sehr empfehlenswertes Nachschlagewerk für Fans und Neulinge des Genres.

P.S.: Nahezu alles Material in dieser Rezension stammt aus dem angesprochenen Katalog. Unter Anführungszeichen Stehendes ist direkt aus dem Katalog bzw. aus dem BegleitComiX.●

Jetzt geht's los: Der große TATblatt-Abo Wettbewerb!

Alle die sich jetzt ein 20 Nummern Abo bestellen, ihr Abo um 20 Nummern verlängern, ein 20 Nummern Abo verschenken, SolisteuerzahlerInnen sind oder werden, die alle können sich aus den folgenden Geschenken eines auswählen. Wenn ihr ein (oder auch mehrere) 20 Nummernabos verschenkt, füllt bitte den Abschnitt auf dieser Seite aus. Alle anderen können einen Vermerk auf dem Erlagschein (rechte Seite des Zahlscheins) anbringen, oder uns zusätzlich eine Postkarte schicken.
Also: einzahlen, ausfüllen, abschicken ... endlich eine sinnvolle Möglichkeit euer hart verdientes Geld uns in den Rachen zu werfen!
Gebt uns bitte 2 Wünsche, welche ihr als Geschenk bekommen möchtet, bekannt (etwa: 1. Wahl, 2. Wahl). Falls beide schon vergriffen sind, wird aus dem restlichen Gesamtbestand euer Geschenk verlost.
Zahlt bitte zusätzlich zur Abogebühr (ÖS 270,- für das 20-Nummerabo) ÖS 15,- für die Versandspesen ein.

Die TATblatt - Geschenke:

gespendet von der akin-Redaktion

*** 2 akin-abos**
"Die aktuellen infomationen verstehen sich einerseits als wöchentliches diskussions- und mitteilungsblatt mit einem termin- und veranstaltungskalender, andererseits sollen ideen und informationen möglichst vieler fortschrittlicher gruppen, initiativen und personen weiterverbreitet werden."

von der ARENA zur Verfügung gestellt

*** 3 ARENA-Konzertgutscheine für Konzerte deiner Wahl**

von der Buchhandlung Südwind gespendet

*** 46 mal "Die schwarze Abaya - Irakische Erzählungen"**
Express Edition; Gisela Aglaster-Herkner, Rita von der Grün, Barbara Hoffmann
"(....) Es gibt nur wenige Schriftstellerinnen im Irak. Uns ist es gelungen, von diesen Frauen, die kaum Veröffentlichungsmöglichkeiten in ihrem Heimatland haben und teilweise im Exil leben müssen, literarische Arbeiten zusammenzustellen. Erzählungen über die schwarze Abaya als Sinnbild alltäglicher Auseinandersetzungen - auch mit sich selbst, Erzählungen über die scheinbare Auswegslosigkeit eines Lebens zwischen Schleier und Aufbegehren."

gespendet von der Bürogemeinschaft Schottengasse

*** 29 Exemplare "Achtung Staatsgrenze"**
"'Achtungs Staatsgrenze' ist eine 'Österreich ohne Heer' - Broschüre zum Themenkreis Migration, europäische militärische, gesetzliche und polizeiliche Flüchtlingsabwehr, Fremdenhaß und -angst."

gespendet von Thomas Prader und ProMedia Verlag

*** 22 mal "Moderne Sklaven"**
Hrsg. Thomas Prader, Asyl- und Flüchtlingswesen in Österreich
"Dieses Buch will Kontrapunkt zur herrschenden ausländerInnenfeindlichen Stimmung sein, Beitrag zu einer Aufklärungskampagne, Mittel im politischen Kampf um eine gerechtere Welt."

vom Verlag für Gesellschaftskritik gespendet

*** 2 mal "Arbeitsstrich - Unter polnischen Schwarzarbeitern"**
Konrad M. Hofer, Aufrisse-Buch 19
"Ein Jahr lang besuchte der Autor, als Rumäne getarnt, regelmäßig den 'Arbeitsstrich' für AusländerInnen in der Wiener Herbststraße. Als vermeintlich ausländischer Schwarzarbeiter erfährt er die 'Qualität' der Arbeit, die diesen Leuten angeboten wird. (....)

*** 2 mal "Würdelos - Erfahrungen eines Leiharbeiters"**
Konrad M. Hofer, Aufrisse-Buch 15

"(....) Zwei Jahre war der Autor in über 30 Betrieben als Leiharbeiter im Einsatz. Der promovierte Soziologe hat sich als ungelernter Arbeiter in verschiedene Firmen, die Zeitpersonal verleihen, eingeschleust. (....)"

gespendet von Thomas Prader

*** 48 mal "Aufstand in Palästina - Besatzungsmacht Israel"**
Erich Prader, Grün-Alternativ Verlag

gespendet vom Reisebuchladen

*** 5 mal "Gezeichnete Umwelt: Karikaturen zum Umweltschutz in Österreich"**
Verlag Kontrapunkt
"Mit Karikaturen von Haderer, Deix, Much, usw. usf. Von Zwentendorf bis Waldsterben."

*** 5 mal "Raus aus der Sackgasse: Lesebuch zum Wandel im Osten"**
Bilder und Texte von Ernest Hauer und Franz Reithmayer, Verlag Kontrapunkt

von der Wochenzeitschrift "Salto"

*** 15 mal 2-Monatsabos**

gespendet vom kasblattl

*** 4 mal 10-Nummernabos**
"Jede Woche erscheinende 1-Blatt-ZeitunG aus Salzburg"

gespendet von ÖRBI

*** 2 mal eine Fahrkarte für die Winterfahrt am 6. Jänner 93**
veranstaltet von der Österreichischen Regionalbahninitiative; nähere Infos in diesem TATblatt

TATblatt-Geschenksabonnement

Ich ..... (Name der schenkenden Person)

..... (Adresse)

bestelle für ..... (Name der beschenkten Person)

..... (Adresse)

☐ ein Abonnement des TATblatts zu ÖS 270,- (20 Nummern)
..... und zahle den Betrag und zusätzlich ÖS 15,- fürs Porto des Geschenkversands in den nächsten Tagen mit dem beiliegenden Erlagschein auf das P.S.K. Konto 7547212 ein. Bitte Name und Adresse auf dem Erlagschein und einen Vermerk (Geschenkabo) nicht vergessen.

Ich bekomme dafür:
☐ eines der folgenden Geschenke:
1. Wahl: .....
2. Wahl: .....

Falls beide Geschenke nicht mehr lagernd sind, wird aus dem restlichen Gesamtbestand euer Geschenk verlost.
Ausfüllen, in ein Kuvert stecken, frankieren und an das TATblatt (1060 Wien, Gumpendorferstr. 157/11) senden.

betrifft: TATblatt

TATblatt am Ende? - der Countdown läuft!

Die letzten beiden Wochen im TATblatt Büro waren gekennzeichnet durch eine regelrechte Aufbruchsstimmung unter den TATblatt-MitarbeiterInnen. Schuld an diesem Umstand sind jene zahlreichen Menschen, die entweder ihr Abo verlängert, ein Geschenkabo bestellt, Solisteuer gezahlt haben oder neue AbonnentInnen geworden sind. Weitere Gründe für diese positive Stimmung sind eure schriftlichen, mündlichen, telefonischen Reaktionen auf unsere Notnummer. Die durchgehende Reaktion aller Menschen die sich bei uns gerührt haben, war:"das TATblatt" muß es weiter geben.

Dieser Meinung sind wir auch, und einige aus dem TATblatt Kollektiv verkündeten schon: "jetzt müssen wir aber auch weitermachen!"

Wir werden auch weitermachen, aber nur unter jenen Voraussetzungen, die wir schon in den beiden letzten Nummern klar festgelegt haben:

- 150 neue Abos bis Ende Jänner '93
- neue MitarbeiterInnen im TATblatt-Kollektiv

Erst unter diesen Bedingungen wird es weiterhin möglich, das TATblatt ökonomisch, inhaltlich und kräftemäßig am Leben zu erhalten.

Eines wollen wir aber hier schon klar aussprechen: die letzten Tage war es wieder richtig schön ins Büro zu gehen, die Post zu bearbeiten, am Telefon zu sitzen. So viele positive Reaktionen in dieser kurzen Zeit bauen wirklich auf. Schon an dieser Stelle: Kraft + Liebe an alle solidarischen LeserInnen.

Ultimatum: 150 neue Abos bis Ende Jänner '93 —— zahlreiche neue AbonnentInnen (51 !!!) und toller Start der TATblatt Aboaktion —— Entscheidung über das Fortbestehen des TATblatts fällt Ende Jänner '93!!! —— wir suchen weiter: AbonnentInnen, MitarbeiterInnen, HandverkäuferInnen, ... ——

Unsere Darstellung der Krise in den letzten TATblättern hat uns bis jetzt schon 51 neue AbonnentInnen beschert. Etliche Menschen haben sich spontan entschlossen, uns auch mit großen Spenden unter die Arme zu greifen. Ganz vielen Dank an jene solidarischen Menschen aus Innsbruck die uns einen großen Brocken Geld auf den Tisch gelegt haben, war echt ein tolles Weihnachtsgeschenk!!!

Schon jetzt zerbrechen sich viele von uns den Kopf, wie es ab Februar '93 mit dem TATblatt weitergehen wird. Wie schaffen wir es, öfters zu erscheinen, oder wie schaffen wir es, einmal über längere Zeit hinweg durchwegs inhaltlich interessante Nummern zu produzieren? Wie können wir InteressentInnen in das TATblatt-Kollektiv einbinden und somit neue Kollektivmitglieder dazugewinnen?

Vorerst konzentrieren wir uns aber voll darauf, unser selbst gesetztes Ultimatum zu Fall zu bringen, und dazu benötigen wir noch mindestens neunundneunzig neue AbonnentInnen!

Wir hoffen, das Interesse am Überleben des TATblatts hält an, und wir ersparen uns jene Situation, in der es nur noch darum geht, wie wir das TATblatt möglichst schuldenfrei sterben lassen.

Also, weiter Abos keilen, SolisteuerzahlerInnen finden oder werden, das TATblatt inhaltlich bereichern, an der laufenden Diskussion über den Sinn des Projekts TATblatt teilnehmen, HandverkäuferIn und/oder Kollektivmitglied werden, ...

Liebe + Kraft
und auch viele TATblatt-Ausgaben im nächsten Jahr,
einer aus dem TATblatt Kollektiv

P.S.: Das nächste Treffen für all jene, die im TATblatt mitarbeiten möchten, findet am 19.Jänner '93 um 19 Uhr im TATblatt-Büro statt.●

Guatemala:

Serie von Morden an Kindern und Jugendlichen

(Poonal)

Am 13. November hat sich in der Hauptstadt Guatemala eine Gruppe von Müttern versammelt, um von der Polizei die Befreiung ihrer minderjährigen Kinder zu fordern, die diese willkürlich auf der Straße festgenommen hat. Vor der obersten Justizbehörde beschuldigen sie die Polizei, die Papiere der Kinder und Jugendlichen beschlagnahmt und sie anschließend zerrissen zu haben. Sie sehen darin eine Verletzung der Menschenrechte ihrer Kinder.

SchülerInnen werden entführt, vergewaltigt und ermordet.

In der Stadt Mazatenango südwestlich von Guatemala-Stadt wandte sich ein Dutzend Mütter an die Behörden, um die Entführung ihrer Kinder im Alter von 2 bis 10 Jahren anzuzeigen. Weiterhin liegen Anzeigen über die Entführung und Vergewaltigung minderjähriger Schülerinnen vor. Diese waren an den Ausgängen ihrer Schulen oder in deren Nähe entführt und vergewaltigt worden, viele wurden später ermordet aufgefunden. Sämtliche Verbrechen haben eines gemeinsam: Die Täter blieben bislang ungestraft. Und in den meisten Fällen gibt es deutliche Hinweise, daß Angehörige von Armee und Polizei in die Fälle verwickelt sind.

Die Verbrechen an Kindern und Jugendlichen haben bei den Minderjährigen selbst und bei den Eltern große Angst hervorgerufen. Sie sehen sich gezwungen, ihre Kinder nicht mehr auf die Straße zu lassen. Zumal Kinder und Jugendliche weiteren Gefahren ausgesetzt sind: Entführungen, Kinderhandel und Zwangsrekrutierungen durch das Militär. Um seine Reihen zu füllen, nimmt das Militär die Jugendlichen an den Ausgängen von Stadien oder Vergnügungszentren fest. In den letzten Monaten hat sich die Gewalt gegen die Heranwachsenden zu einer regelrechten Mordwelle entwickelt. Wie die Presse berichtete, gab es in den ersten 14 Tagen dieses Monats 22 Morde an Kindern zwischen 2 und 14 Jahren. Bislang wurden von offizieller Seite keinerlei Untersuchungen eingeleitet. Die Attentate an den Kindern wurden der Presse zufolge vorwiegend von "unbekannten Männern" begangen. Sie fuhren in Autos ohne Nummernschilder und schossen aus ihren Wagen mit Maschinengewehren auf die Opfer, die in den Gärten oder auf den Bürgersteigen vor ihren Häusern, zum Teil in Gegenwart ihrer Eltern, spielten.

In anderen Fällen drangen Männer mit Kapuzen über den Köpfen in die Häuser ein und ermordeten die Kinder. Einer der Fälle, die die guatemaltekische Bevölkerung am meisten bewegt und in Schrecken versetzt hat, war der Fund der Leiche eines zweijährigen Kindes mit eindeutigen Folterspuren.●

Reaktionen....

...auf das TATblatt, insbesondere auf unsere minus 20a "Notrufnummer", gibts in — wahrhaft ermutigend — großer Anzahl. Jeden Tag trudelt (mindestens) ein Brieflein in unseren Briefkasten und versüßt uns mit Lob und Kritik unser ZeitungsmacherInnen-Dasein. Vor allem die Kritik wollen wir Euch nicht vorenthalten und bitten um reichlichst Kommentar. Das mit dem Lob ist uns — wohlerzogen wie wir nun einmal sind — ein bisserl peinlich. Still versteckt im Kammerl freuen wir uns aber riesig darüber (typisch österreichisch!).
Habe die Ehre.....

Liebe TATblatt-Redaktion!

Skeptische Neugier für eure bisherige Weiter- und die (nach dieser konstruktiven minus 20a Nummer) noch folgende weitere Entwicklung treiben mich zu einem (finanziell nicht sehr erheblichen) 140,- Öschi Risiko — d.h., ihr habt nun für mindestens 10 Nummern ein Abo mehr los: an mir soll's (und sollt ihr) nicht scheitern.
Was für euch als Feedback vielleicht von Interesse ist: Warum ich vor etwa 2 Jahren das Abo auslaufen ließ.....
Da war die eklatante Diskrepanz zwischen eurem Anspruch, für autonome/linke (Sozial-) Utopie zu stehen, und dem tatsächlichen Spektrum der Beiträge, das sich auf die Protokollierung splittergruppeninterner Meinungsverschiedenheiten sowie zwischensplittergruppenmäßig bestehende Fundamentaldifferenzen, sozusagen regionalzirkelintern beschränkte; auf Manöverdiskussion, der Manöverkritik folgte, was die Manöverkritiksdiskussionskritik eröffnete usw...; nach der Frage Gewalt ja/nein/nur gegen Polizisten/nein, auch gegen FaschistInnen/oder doch bloß gegen Straßenkreuzungen...— Aja, und irgendwann zwischen autonomen Pro- und Kontra-Argumenten, welche die Vorstufe zu einem Diskussionspapier, auf dessen Basis die Resolution zur Ächtung des Kapitalismus für mindestens 5 Monate... — oder ging es doch um die Opernballgegendemoverurteilungsdiskussi on wegen antisolidarischem nützlichem Idiotentums, das den Nazischutztruppen des Innenministeriums gewaltfrei gewaltig in die Hände arbeitete????? Ich weiß nicht mehr so genau, wann genau die Qualität des Beitragsspektrums nicht einmal mehr mein Interesse an der Beobachtung der Exotik autonomer Gruppendynamik oder politischer Mikrokosmologien reizen konnte.... das Niveau war sogar für einen rein touristischen Blick darauf zu unerträglich geworden.
So war das damals!
Heute lese ich "inhaltliche Öffnung zu anderen Gruppen (auch außerhalb autonomer Zirkel)" bei euch: Das finde ich konstruktiv! Das könnte euch aus euren minus-Nummern herausführen! Und das schau ich mir nun gerne 10 Nummern lang an.

Lieben Gruß HS

Liebe TATblättlerInnen!

öS 200,- gehen als Spende an euch ab. Präzisere Informationen, kürzere Texte und vor allem weniger Schmäh- und Klageschriften tät ich mir für eure und meine Zukunft wünschen.

Viel Glück und ein gutes Neues Jahr
U.

Hallo Freunde!

(...) Im Großen und Ganzen bin ich von eurem Blatt total begeistert. Ihr sollt jetzt aber nicht dem Selbstlob verfallen, denn es gibt auch von uns (2 TATblatt Lesern) Kritik:
- Hört bitte auf mit dem Betteln. Solidaritätssteuer, Spenden usw. Wenn ihr eure Situation wie in Heft minus 20a klarmacht und darunter die Kontonummer (eure) schreibt, reicht das. Am Zahlschein könntet ihr vielleicht noch das Wort Spende hervorheben. Mit eurer chronischen Bettelkrankheit bewirkt ihr nur das Gegenteil.
- Bestimmte Artikel könnten ruhig etwas verkürzt werden, dann bleibt mehr Platz für andere.
- Veröffentlicht bitte Adressen von anderen linken Projekten, Zeitschriften, aktiven Gruppen usw.

(...)

Mit viel Kraft und Durchhaltevermögen in die nächsten Jahre.

R.

Liebe TATblattlerInnen!

(...) Sicherlich werdet ihr das TATblatt etwas ändern müssen, um mehr LeserInnen zu gewinnen. Nicht inhaltlich, sondern das Layout, die Länge der Artikel usw.
Meiner Meinung nach solltet ihr das TATblatt "lesbarer" machen, in dem Sinn, daß mensch nicht von vornherein vom Lesen abgeschreckt wird, weil er/sie nur Text vor den Augen hat. Lockert das TATblatt mit einigen Photos und Karikaturen auf. Ihr werdet sehen, daß die Abwechslung Text/Photos dem TATblatt gut stehen würde (Aber bitte nicht übertreiben).
(...) Außerdem glaube ich, daß die Artikel kürzer sein sollten. Die Ausdauer, einen 2 oder sogar 3 Seiten langen Text — noch dazu in kleiner Schrift — zu lesen, haben wohl nur die wenigsten. Also überfordert eure LeserInnen nicht! Wir sind ja keine Marathon-LeserInnen.
Ansonsten habe ich am TATblatt nichts auszusetzen. Moment, ... fast nichts. Einen Kritikpunkt habe ich noch anzubringen: Ich habe vor drei Wochen bei euch ein Abo bestellt, d.h. ich habe den Erlagschein einbezahlt. Bis jetzt habe ich aber noch kein TATblatt erhalten. Möglicherweise mein Fehler, wie ich jetzt gerade lese, genügt das Einzahlen nicht. Ihr wollt auch noch eine Postkarte; die habe ich natürlich vergessen.....

C.G.

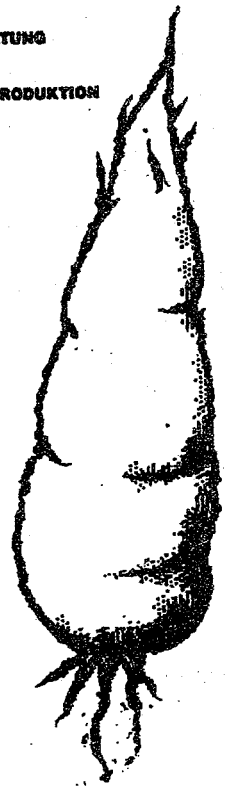
DER LADEN MIT DER MÖHRE

☆ PRODUKTE AUS BIOLOGISCHER TIERHALTUNG
☆ PRODUKTE AUS BIOLOGISCHEM ANBAU
☆ PRODUKTE AUS NICHT-INDUSTRIELLER PRODUKTION

Kuh-,Ziegen-,und Schaf-KÄSE,MEHLSPEISS,
Frische BAUERN-MILCH,JOGHURT,BROT,
OBST,GEMÜSE,HAUSWURST,BIER,TOPFEN,
BUTTER,SÜSSMOST,SÄFTE,WEINE,EIER,TEE,
INDIO-KAFFEE,PAPIER,ÖLE,und,und,und,...

FREUNDLICHE KUNDEN - ZEITENÖFFNUNG :

Mo - Do	10^{00} - 19^{30}
Fr :	10^{00} - 21^{00}
Sa :	10^{00} - 13^{00}



DER LADEN biologisches & dynamisches
GUDRUNSTR.143,1100 WIEN U1 KEPLERPLATZ
Tel.:6477362

Jetzt aber noch schnell TATblatt - Geschenk - Abos bestellen!!!

Das TATblatt

ist ein 14-täglich erscheinendes selbstverwaltetes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TAT*blatt*, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen,....eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern heraussuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TAT*blatt* sein.

Das TAT*blatt* ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Numerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

TATblatt-Plenum:
jeden Donnerstag um 19 Uhr im TATblatt-Büro:
Wien 6, Gumpendorferstraße 157/11

TATblatt-Verkaufsstellen

WIEN 1: • BH Kolisch (Rathausstraße 18) • BH Südwind (Kleeblattgasse 4) • BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) • Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntnertorpassage – beim U4-Abgang) • BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) **WIEN 2:** • BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) **WIEN 3:** • Bauern/Bäuerinnenhof-Produkte-Direktverkauf „Unser Laden" (Apostelgasse17) **WIEN 7:** • Platten Why Not (Kirchengasse) **WIEN 8:** • EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) • Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38) **WIEN 9:** • BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) • BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) **WIEN 16:** • Beisl Cl: Payergasse 14) • Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21)
INNSBRUCK: • Am Haven (Innrain 157) • Utopia (Tschamlerstr. 3)
SCHWERTBERG: • Kulturverein KANAL (Josefital 21)
Änderungen vorbehalten! Stand November 1992

TATblatt-Abo:

einfach beiliegenden Erlagschein ausfüllen (Name und Adresse auch am rechten Abschnitt eintragen!!!) und einzahlen!
Preise innerhalb Österreichs:
10-Nummern-Abo: 140,- Öschis
20-Nummern-Abo: 270,- Öschis
außerhalb Österreichs:
10-Nummern-Abo: 200,- Öschis

Zur TATblatt-Aboaktion

In den letzten beiden Wochen haben wir 51 neue AbonnentInnen gewonnen. Es fehlen uns also (nur mehr?) 99 Abos bis Ende Jänner. Von einigen Abogeschenken gibt es bereits kein einziges Exemplar mehr, von anderen nur mehr ganz wenige. Dafür haben wir einige neue Abogeschenke dazubekommen und wir versuchen weiter neue zu schnorren.
Es ist also gerade jetzt die beste Zeit ein Abo zu nehmen, zu verlängern oder zu verschenken.

Außerdem gibts für alle AbonnentInnen mit der ersten Jännernummer den TATblatt-Jahreswandkalender gratis dazu.

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!
Bei Fehlern oder Unklarheiten bitte bei uns anrufen oder uns schreiben!

Impressum

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:
Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11
Telefon: (0222) 568078 **Konto:** P.S.K. 7547 212
DVR Nr. 0558371
Druck: Eigendruck
Redaktionelle Beiträge sind als solche gekennzeichnet. LeserInnenbriefe und nicht als redaktionell bezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern die der Schreiberin oder des Schreibers wieder.